

# Volkswacht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Die „Volkswacht“ erscheint wöchentlich 4 Mal und ist durch die Expedition, Neus Trautenau, 2/4, und durch Postportale zu beziehen. Preis vierteljährlich 2.50, pro Woche 20 Pf. Durch die Post bezogen 2.50, frei ins Haus 2.75, wo keine Post am Orte 3.25.

Die „Volkswacht“ ist ein politisches Organ für die Arbeiter und die Bevölkerung. Sie enthält alle Nachrichten, die für die Arbeiter und die Bevölkerung von Interesse sind. Die Redaktion ist in Neus Trautenau, 2/4, zu finden.

Telephon  
Redaktion 3141.

Organ für die werktätige Bevölkerung.

Telephon  
Expedition 1206.

Nr. 26.

Freitag, den 31. Januar 1908.

19. Jahrgang.

## Evangelische Arbeiter.

„Den 10. Januar buchen wir als einen nationalen und politischen Tag. Die ruhige Entwicklung ist jetzt in Frage gestellt. Die preussische Regierung hat am 10. Januar die Verhältnisse der Massen von der Gesetzgebung sanktioniert. Wir sind der Meinung, daß nur Gerechtigkeit ein Volk erhält. Im heutigen Wahlrecht zum Landtag ist für den vierten Stand auch nicht ein Funken von Gerechtigkeit.“

„Können wir etwa mit ruhigem Gewissen vor die Massen hintreten und sagen: Ja, es ist wahr, ihr seid gleichberechtigt? Nein, das können wir nicht.“

„Die Arbeit“, Christlich-sozialer Wochenblatt.

Evangelische Arbeiter! Wenn ihr keine Menschen seid, dann steigt euren Abgeordneten Laren Willen!

## Unsere Straßenbahner.

(Erhebungen über ihre Arbeitszeit in Schlesien und Posen.)

Im Jahre 1902 wurde in den Berichten der preussischen Regierungs- und Gewerbeverträge darauf aufmerksam gemacht, daß in einzelnen Fällen ungebührlich lange Dienstzeiten beim Fahrpersonal der Straßenbahnen üblich seien. Obwohl der Straßenbahnbetrieb nicht zu den Fuhrwerks-, sondern zu den Eisenbahnunternehmungen zählt und somit nicht den Bestimmungen der Gewerbeordnung und der Gewerbeaufsicht unterliegt, hatten die Gewerbeaufsichtsbeamten doch einigmaßen Einbildung in die einschlägigen Verhältnisse erhalten, da ihnen die Beaufsichtigung der Werkstätten und ihrer Kraftzentralen oblag.

Die Anregungen hatten zur Folge, daß Verhandlungen zwischen den zuständigen obersten Reichs- und Landesbehörden stattfanden, und der preussische Minister der öffentlichen Arbeiten im Einverständnis mit dem Minister des Innern eine statistische Erhebung über die Ruhe- und Arbeitszeiten im Straßenbahnbetriebe anordnete. Eine Reihe anderer Bundesstaaten schlossen sich später diesem Vorgehen an. Mit der Erhebung wurde die königliche Eisenbahnerverwaltung beauftragt. Wir beschränken uns hier jedoch darauf, die Verhältnisse in den Straßenbahnbetrieben Schlesiens und Posens zu besprechen. Leider ist im statistischen Amt die Zusammenstellung der Resultate nur nach Regierungsbezirken, nicht nach Orten geordnet. Der Regierungsbezirk Breslau umfaßt:

1. Die Breslauer Straßen-Eisenbahn,
2. Breslauer Elektrische Straßenbahn Gräbchen,
3. Städtische Straßenbahn,
4. Waldenburger Kreisbahn,
5. Straßenbahn Rogan-Stradan (mit Dampf).

Der Regierungsbezirk Liegnitz:

1. Hirschberger Talbahn,
2. Görlitzer Straßenbahn,
3. Liegnitzer Straßenbahn.

Der Regierungsbezirk Oppeln ist nicht aufgeführt und in der Provinz Posen existieren nur die Posener und die Bromberger Straßenbahn.

Neben dem Arbeitslohn ist die Arbeitszeit derjenige Teil des Arbeitsvertrages, welcher am häufigsten Anlaß zu Streitigkeiten zwischen Unternehmern und Angestellten bietet und die wirtschaftlichen Gegensätze zwischen beiden verschärft. Bei den Verkehrsgewerben ist die Regelung der Arbeitszeiten noch insofern von Bedeutung, als neben den Arbeitgeber- und Arbeitnehmer-Interessen vielfach solche öffentlicher Natur, wie die Sicherheit des Publikums und der Bediensteten selbst in Frage kommen.

Gleichwie in anderen Betrieben, finden sich bei den Straßenbahnen große Verschiedenheiten in der Arbeitszeit, Gewohnheit, besondere Verhältnisse und anderes sprechen hierbei mit. Da die Straßenbahnen im allgemeinen der lokalen Massenbeförderung von Personen dienen und die Betriebsdauer sich nach der Belegtheit der Bevölkerung während des ganzen Tages und eines Teiles der Nacht richtet, so ist diese verhältnismäßig ausgedehnt und hat die Einführung von Dienstschichten und Streckenwechsel des Personals zur Folge gehabt. Aus der Statistik geht klar hervor, daß die Dienstzeiten in den Straßenbahnbetrieben des Ostens der Monarchie weit länger dauern als im Westen, im Bezirk Breslau schwanken sie zwischen 12 und 14 Stunden.

Dienstzeiten der Wagenführer:

Die Zahl der Wagenführer im Bezirk Breslau betrug 356. Die Gesamtzahl der von diesen geleisteten Dienste im Jahre betrug 9274. Dienst taten bis zu 8 Stunden 3, bis 9 Stunden 62, 10 Stunden 952, 11 Stunden 477, 12 Stunden 1866, 13 Stunden 8612, 14 Stunden 2228, 15 Stunden 73, 16 Stunden 11.

Im Bezirk Liegnitz gibt es 72 Wagenführer. Diese taten in 2068 Fällen. Die 8 Stunden 217, 9 Stunden 62, 10 Stunden 0, 11 Stunden 397, 12 Stunden 292, 13 Stunden 480, 14 Stunden 31, 15 Stunden 497, 16 Stunden 92.

Der Bezirk Posen hat 82 Wagenführer. Sie taten in 2183 Fällen Dienst. Davon 8 Stunden 303, 9 Stunden 90, 10 Stunden 52, 11 Stunden 706, 12 Stunden 425, 13 Stunden in 7 Fällen.

Im Bezirk Bromberg sind 37 Wagenführer beschäftigt. Sie leisteten in 1023 Fällen Dienst. Davon 8 Stunden 93, 9 Stunden 57, 10 Stunden 88, 11 Stunden 72, 12 Stunden 424, 13 Stunden 222, 14 Stunden 67.

Die Gesamtdienstzeit setzt sich zusammen aus der planmäßigen Dienstzeit und den Ueberstunden. Der hohe Anteil der diensttunenden Wagenführer, welche im Monat Mai 1906 (nur Zeit der statistischen Erhebung) Ueberstunden machen mußten, ist sehr auffällig. Im Bezirk Breslau haben von den 356 Führern 144 Ueberstunden in 507 Fällen, davon 37 mehr als 3 Stunden, gemacht.

Dienstzeiten der Schaffner:

Die Dienstzeiten der Schaffner gestalten sich ähnlich, nur mit dem Unterschiede, daß sie noch etwas länger sind.

In Breslau sind 466 Schaffner (Warenbesitzer), sie taten Dienst: 8 Stunden nur in 136 Fällen, dann steigt die Dienstdauer 9 Stunden 148, 10 Stunden 443, 10 bis 11 Stunden 826, 11 bis 12 Stunden in 2445 Fällen, 12 bis 13 Stunden 2089, 13 bis 14 Stunden 2907, 14 bis 15 Stunden 1396, 15 bis 16 Stunden 1832, mit mehr als 16 Stunden noch in 174 Fällen.

Damit hat Breslau den Reford gegenüber allen anderen Betrieben erreicht. Sehen wir uns die Dienstzeit der Schaffner bei den Straßenbahnen in Posen und Schlesiens an. Posen hat eine viel niedrigere Dienstzeit:

Die Posener Straßenbahn beschäftigt 117 Schaffner, sie verrichteten den Dienst von 8 Stunden in 692 Fällen, 9 Stunden in 253 Fällen, 10 Stunden in 876, 10 bis 11 Stunden in 825, 11 bis 12 Stunden 497 und 12 bis 13 Stunden nur in 13 Fällen.

Das ist gegen Breslau ein wesentlicher Unterschied. Die Liegnitzer elektrische Bahn beschäftigt 11 Schaffner, auch hier geht die Dienstzeit nicht über 13 Stunden heraus; in Bromberg nicht über 11 Stunden.

Die Ruhezeiten und Freitage:

Soll nicht schnell Ermüdung und zunächst verminderte später dauernd geringere Leistungsfähigkeit eintreten, so müssen jeder anstrengten Arbeitsleistung angemessene Ruhezeiten folgen. Diese sind besonders wichtig in Betrieben mit unregelmäßigem Schichtwechsel, wie er bei den Straßenbahnen üblich ist. Es sei dabei zu unterscheiden Ruhepausen, die in dem planmäßigen Dienst liegen und solchen, die nicht in den Dienst eingerechnet werden. Hierzu gehören die dienstfreien Tage von mindestens 24 zusammenhängenden Stunden, endlich auch ein etwaiger Erholungsurlaub.

Im Breslauer Bezirk hatten die Wagenführer in 1429 Fällen 4 Stunden, 5 Stunden 416, 5-6 Stunden 781, 6 bis 7 Stunden 550, 7-8 Stunden 127, 8 Stunden nur in 36 Fällen Ruhepause. Die Schaffner hatten nur 1-6 Stunden Ruhepause, in den meisten Fällen nur 1-2 Stunden.

In Posen hatten Wagenführer in 124 Fällen 4 Stunden, in 252 5 Stunden Pause. Aus der Statistik geht hervor, daß die Zahl der Wagenführer, welche planmäßig Anspruch auf drei und mehr dienstfreie Tage hatten, hinter der Zahl derjenigen, welche tatsächlich im Monat 3 dienstfreie Tage hatten, zurückgeblieben sind, sodaß eine Verschlechterung der Arbeitsverhältnisse einsetzten ist.

Im Breslauer Bezirk hatten z. B. nach der Dienstordnung 351 Wagenführer 3 und mehr dienstfreie Tage zu beanspruchen, es haben aber nur 340 3 Tage frei gemacht, davon fielen ganze 48 auf einen Sonntag. In Posen ist das Verhältnis etwas besser, ebenso in Liegnitz. Die Schaffner in Breslau hatten fast alle im Monat 3 freie Tage. Im Durchschnitt kommt auf 10 Dienstage 1 freier Tag.

Ueber die Dienstzeit läßt sich noch sagen, daß die Gesamtzahl der preussischen Wagenführer, welche im Monat Mai 1906 mehr als 14 Stunden (einschließlich Ueberstunden) dienstlich tätig waren, im Durchschnitt 7 Prozent betrug. Im Bezirk Breslau beträgt der Prozentsatz 40,45.

Erholungsurlaub.

Die Erhebung über die Gewährung von Erholungsurlaub unter Weiterzahlung des Lohnes bezw. Gehalts erstreckte sich nur auf die im eigentlichen Fahr- und Bahnerhaltungsdienste tätig gewesenen Personen. Im Fragebogen sollten Angaben gemacht werden, wie viele der Bediensteten im letzten Jahre Urlaub erhalten haben. Die beiden Breslauer Straßenbahnen sind darunter nicht verzeichnet.

Auch ist den im städtischen Straßenbahnbetriebe in Breslau beschäftigten Personen ein Recht auf Gewährung von Urlaub mit Weiterzahlung des Lohnes nicht eingeräumt. Jedoch kann den Personen, die sich im Dienste bewährt haben, jährlich ein Urlaub ohne Lohnabzug bewilligt werden und zwar nach einer vollendeten Dienstzeit von drei Jahren bis zu 3 Tagen, von fünf Jahren bis zu 5 Tagen, von zehn Jahren bis zu 7 Tagen. Verheirateten Arbeitern, welche länger als drei Jahre ununterbrochen im Dienste stehen, kann ferner bei Einbetzung zu militärischen Leistungen die Hälfte des Lohnes bis zur Dauer der Leistung, jedoch nicht über 8 Wochen fortbezahlt werden. In einem zweiten Betriebe des Bezirkes Breslau heißt es: wird dem Fahrpersonal jährlich ein Urlaub von 3-5 Tagen gewährt. Im Regierungsbezirk Posen wird den Fahrbediensteten ein Erholungsurlaub gewährt, der im zweiten Dienstjahre 3 Tage währt, und von da ab mit jedem weiteren Dienstjahre um einen Tag verlängert wird, bis er die Grenze von 7 Tagen erreicht hat. Im Liegnitzer Bezirk erhalten die Angestellten nach einjähriger Dienstzeit 1 Tag, nach fünfjähriger 2 und nach zehnjähriger Dienstzeit 3 Tage Urlaub.

Den Kontrolleuren und dem Oberkontrolleur werden je 6 und dem Werkmeister 8 Tage bewilligt.

Die Gesamtzahl der bei den Straßenbahnen im Bezirk Breslau tätigen Personen einschließlich der in leitender Stellung stehenden und der Bureaubeamten beträgt 141, davon im eigentlichen Fahrdienst 851; im Bezirk Posen 27; (im Fahrdienst 206), Bromberg 97 (im Fahrdienst 46). Im Mai 1906 waren in ganz Preußen 185 im Betriebe befindliche Straßenbahnen und Straßenbahnähnliche Kleinbahnen mit einem Gesamtpersonal von 33,869 Köpfen vorhanden. Aus der Statistik geht hervor, daß vielfach eine starke Inanspruchnahme der Arbeiter neben überaus langer Arbeitszeit üblich ist. Der § 65 der „Bau- und Betriebsvorschriften für Straßenbahnen mit Maschinenbetrieb“ bestimmt: „Laendes“:

Die tägliche Dienstdauer soll im monatlichen Durchschnitt einschließlich der Ruhezeiten der Führer nicht mehr als 10 Stunden, für Schaffner und Diener nicht mehr als 11 Stunden betragen. Bei einfachen Betriebsverhältnissen kann die durchschnittliche Dienstdauer bis zu 13 Stunden ausgedehnt werden. Die Dienstdauer ist in die Dienstdauer einzurechnen. Als Dienstdauer gilt der Zeitraum, der zwischen zwei Ruhezeiten liegt, die eine Dauer von mindestens 8 Stunden haben. Pausen von geringerer Dauer als 30 Minuten sind in die Dienstdauer einzurechnen. Die zur Regelung der dienstlichen Inanspruchnahme des gesamten Betriebspersonals anzufestenden Dienstpläne sind in den Betriebsräumen des Unternehmens sichtbar auszuhängen und auf Ersordern den Aufsichtsbehörden vorzulegen.

Vergleicht man die tatsächlichen Verhältnisse der Straßenbahnen mit den zu ihrer Regelung erlassenen Vorschriften vom 26. September 1906, die den Unternehmern großen Spielraum lassen, so ergibt sich, daß bezüglich der Arbeitszeit, der Pausen und der Ruhetage des Betriebspersonals nach viel zu wünschen übrig bleibt. Auffälliger Weise bringt die amtliche Statistik nichts über Gehälter und Löhne der Angestellten und sie weiß auch nichts von den Straßen, die über dieselben bei irgend einer Ueberretung verhängt werden.

Soweit wir Informationen über die Gehälter haben erhalten können, stehen diese zu der ausgedehnten und verantwortungsvollen Tätigkeit der Angestellten in einem gar mäßigen Verhältnis. Das Anfangsgehalt der Führer und Schaffner bei der Breslauer Elektrischen Straßenbahn, die ihren Aktionären 11 Prozent Dividende zahlt, beträgt pro Monat 72 Mark, er steigt nach einem Jahre um 5 Mark, nach 5 Jahren wieder um 5 Mark, bis zum Höchstgehalt von 120 Mark, nach einer Dienstzeit von 25 Jahren. Den Führern wird eine monatliche Zulage von 5 Mark gewährt, diese wird jedoch vierteljährlich ausbezahlt; Führer, die in der Zwischenzeit den Dienst verlassen, gehen der Zulage verlustig. Die Gewährung derselben hängt von dem Ermessen der Direktion ab. In Posen sind die Gehaltsverhältnisse etwas besser. Der Anfangsgehalt für Schaffner beträgt 82.50 Mark, mit Beginn des siebenten Monats, also nach einem halben Jahre 87.50 Mark, nach 4 Jahren 90 Mark, nach 7 Jahren 100 Mark, nach 10 Jahren 110 Mark. Führer erhalten bei Beginn ihrer Tätigkeit monatlich 87.50 Mark, nach einem halben Jahre 97.50 Mark, und das Gehalt steigt bis 120 Mark nach zehnjähriger Tätigkeit. Dagegen zählt die Waldenburger Gesellschaft zu jenen mit schlechten Lohnverhältnissen.

Aus der Statistik geht hervor, daß auch die Arbeitszeit an der Posener Straßenbahn kürzer ist als bei der Breslauer und Waldenburger, und auch die sonstigen Dienstverhältnisse sich vorteilhaft abheben.

Und wodurch sind diese Besserstellungen erreicht worden? Durch den Anschluß an die Organisation der Transportarbeiter. Es hat im Jahre 1905 eine Bewegung der dortigen Straßenbahner stattgefunden, und diese hat es zu Wege gebracht, daß im Mai 1905 ein neuer Dienstvertrag geschlossen und die Gehälter erhöht wurden. In Breslau werden den Fahrangestellten monatlich 5 Mark quasi als Kaution für ihre gute Führung einbehalten, und diese Beträge kommen erst bei Nachlassen der Auszahlung, vorausgesetzt, daß sie während des Jahres einwandfrei sich geführt und über sie Strafen nicht verhängt worden sind. Daß die Schaffner mit dem so niedrigen Gehalt zufrieden sind, hat eine eigene Bewandnis. Für diese Kategorie von Angestellten sind die Trinkgelder die Hauptsache und die Bezüge das Nebenstückliche. Dieser Umstand ist den Direktionen sehr wohl bekannt, und deshalb auch werden sie freiwillig nie Gehaltsverbesserungen eintreten lassen. Wir meinen, daß Straßenbahnen, die hohe Dividenden abwerfen, in der Lage sind, ihre Angestellten so zu entlohnen, daß sie imstande sind, ein menschenwürdiges Leben zu führen — ohne Trinkgelder, daß diese nicht Hauptsache, sondern Nebensache sein sollten. Durch die Schaffner kommen die Führer in Mitleidenschaft, die doch nur auf ihr kargliches Einkommen angewiesen sind.

Öffentlich zeigt diese Statistik den Angestellten den Weg, den sie einzuschlagen haben, um ihre Lage zu verbessern.

## Politische Ueberblick.

Die Annahme der neuen Flottenvorlage. Der Reichstag nahm am Mittwoch nach der Geburtsstagspause seine Sitzungen wieder auf. Vor schwach besetztem Hause und mäßig besuchten Tribünen ging der historische Akt der Annahme der neuen Flottenvorlage in Szene. An der Annahme war von vornherein nicht zu zweifeln. Die Frei-



sinnigen haben sich „überzeugen“ lassen, wie in einer seiner unerschütterlichen Schwärmen der Abgeordnete Wiemer versicherte. Genosse Bebel übergoß den leimfähig gewordenen Freisinn mit dem Spott; als er von den bunten Wädeln sprach, die den Weg zu des Freisinns jolligen Männerbrüsten gefunden haben, farbte ein schämevolles Rot des Dr. Wiemers behaarte Wangen. Des Viraeriums Zustimmung zur Flottenpolitik ist uferlos geworden. Die Opposition gegen den Maritimus, noch vor Jahrzehnten im deutschen Bürgertum herrschend, wird jetzt ausschließlich von der Sozialdemokratie vertreten; die kraftvolle Rede des Genossen Bebel, war der einzige Protest gegen die neue Tirpitzgabe. Natürlich werden es wieder die breiten Massen sein, die bluten müssen. Herr Stengel gab es mit einer Offenheit und mit einer lauten Stimme zu, die man sonst bei ihm nicht gewohnt ist. Das Zentrum sagt Ja und Amen zu der Vorlage, wenn es sich auch noch ein paar Klauen über die Deckungsfrage leistet. Unter den Rednern des Tages sah man die bei solchen Gelegenheiten üblichen Gestalten des nationalliberalen Grafen im Bart, Orlova, der eigentlich noch viel mehr verlannt, als die Vorlage bringt, den alten konservativen Frh. v. Nischhofen, Liebermann v. Sonnenberg mit seinen Perdehalspfeifen und seinem mickrigen Knecht. Des alten Rommels Sohn war auch dabei und konstatierte mit einem gewissen Geschicklichkeit gegenüber Nachbarn Wiemer, daß die freisinnige Vereinigung schon lange vor der Volkspartei militär- und marinesinnig gewesen ist. Aber bekanntlich ist in Israel mehr Freude über einen Sünder, der Buße tut, als über hundert Gerechte, und die Heimonie der Kopf-Mugdan-Gruppe im Sozialistenstreffen löst ihre alten antikommunistischen Sünden völlig aus und erwidert ihr einen vollständigen Anspruch darauf vom Ordensregen ergiebiger getroffen zu werden, als die freisinnige Vereinigung, ehe sie dem Dr. Barth auch offiziell den Kaufpaß gegeben haben wird.

Selbstredend wurde die Vorlage mit Pauken und Trompeten angenommen. Ob das Gerücht wahr ist, welches von der bevorstehenden Erhebung Wiemers in den Adelsstand und der Berufung Siegfried Haedichers in das Herrenhaus zu melden weiß, können wir nicht kontrollieren.

Am Donnerstag wird der reguläre Tirpitzetat vorgenommen.

**Die deutsche Luftmarine.** In der Budgetkommission des Reichstags erfolgte am Mittwoch die Beratung eines Nachtragsbetrags, in dem 400,000 Mk. gefordert werden zur Förderung von Versuchen auf dem Gebiete der Motorluftschiffahrt.

In vorigen Jahre sind dem Grafen Zeppelin 500,000 Mark zum Bau einer Ballonhalle und zu Versuchen mit keinem leuchtenden Ballon bewilligt worden. Zur Fortsetzung der Versuche und zum Bau eines zweiten Ballons sollen die 400,000 Mark dienen. Unter den einmaligen Ausgaben des öffentlichen Etats befindet sich eine Forderung von 2,150,000 Mark für den Ankauf der Zeppelinschen Ballons und als Entschädigung an den Grafen für dessen langjährige Arbeiten auf dem Gebiete der Luftschiffahrt. Die Entschädigung ist so gebildet worden, daß Zeppelin 1,650,000 Mark erhält als Ersatz für die von ihm gemachten baren Aufwendungen, während ihm 500,000 Mark für seine vierjährige Arbeit als eine Art Reichslohn zugeteilt sind. Als Korreferent sprach sich Genosse Singer für die Bewilligung der Etatspositionen aus. Zeppelin habe dem Ansehen Deutschlands durch seine Arbeiten und Erfindungen wesentlich gedient; sein Luftschiff sei eine Erfindung von kultureller Bedeutung, die Einführung einer Entschädigung sei durchaus angebracht. Der Reichstag werde den Etatspositionen sichtlich einstimmig seine Zustimmung geben.

Ein Regierungskommissar gab eingehende Erläuterungen zu der Vorlage. Daraus ging unter anderem hervor, daß jedes neue Schiff, das etwa vom Reich erbaut wird, 500,000 bis 600,000 Mark kosten wird. Selbst mit dem Reich nicht an den Bau von Luftschiffen gehen. Die Verwaltung ist der Ansicht, daß auf dem Gebiete der Luftschiffahrt noch die private Erfindertätigkeit weitestens Spielraum haben muß. Durch Patente lasse sich der Bau von fliegenden Luftschiffen durch Private nicht verhindern. Ob Luftschiffe nach dem Zustande abgegeben werden können, lasse sich noch nicht beurteilen. Man

lasse erst einmal abwarten, wie sich die Dinge weiter entwickeln. Voraussetzungen werde ein privates Unternehmen Zeppelinsche Luftschiffe bauen, bei dem dann das Reich seinen Bedarf an Schiffen für wissenschaftliche und militärische Zwecke bestellen werde. Da dem Grafen Zeppelin alle Auslagen, die er im Laufe der Jahre für seine Erfindung gemacht hat, erstattet werden, müssen dem Reich bei Bestellungen Vorzugsbedingungen gewährt werden.

In einem längeren interessanten Vortrage sprach dann Prof. Bergesell (Straßburg), der Mitarbeiter Zeppelins und Teilnehmer bei allen Versuchsfahrten, über das Luftschiff und seine Entwicklungsmöglichkeiten. Die Landung auf dem Lande werde sich ganz leicht ermöglichen lassen. Auch höhere Höhen würden erreicht werden. Auf den militärischen Wert des Luftschiffes gina der Vortragende nicht ein. Dagegen leate er dar, daß die Wissenschaft in dem Zeppelinschen Fahrzeug ein Hilfsmittel von großer Bedeutung erhalten werde. Auch als Verkehrsmittel werde das Fahrzeug nicht geringe Bedeutung erlangen. Zahlreiche photographische Aufnahmen, die von der Gondel des Schiffes aus in der Höhe gemacht worden sind, lassen erkennen, daß für Fortbewegung des Luftschiffes allerdings von großer Bedeutung sein wird. Die beiden Etatspositionen wurden einstimmig bewilligt.

**450 Petitionen an den Reichstag.** Dem Reichstag ist gestern das achte Verzeichnis der eingegangenen Petitionen zugefickt worden, das nicht weniger als rund 450 Petitionen umfaßt. Unter diesen befinden sich wiederum eine Reihe Petitionen, die von allgemeinem Interesse sind.

So petitioniert der Verband deutscher Gastwirte gegen die in Berlin um gezielte Einführung eines Ruhezuges in jeder Woche für die Gastwirtegeschäften, der Deutschnationale Handlungsgelehrtenverband um schnellere Durchführung der sozialen Schutzgesetze für die Handlungsgelehrten und die Vereinfachung für Vermögensbesitzerung der Privatbeamten in Dreibahnung um die baldige Vorlegung eines Gesetzes über die Privatbeamten-Versicherung.

Quantig Petitionen petitionieren um die Aufhebung des Impfsatzes und um die Gewährung einer Entschädigung an die durch Impfung Geschädigten.

Die Frauengruppen der kirchlich-sozialen Konferenz in Berlin bitten um häufigere Anwendung des Ausschusses der Öffentlichkeit in Staubalprozessen.

Der Rat der Stadt Dresden überliefert Petitionen von 579 deutschen Gemeinden um Dinauschiebung der im Posttarif gesetz für die Aufhebung der städtischen Oktrois festgesetzten Preise.

Der Verein deutscher Werkzeugmaschinenfabriken in Düsseldorf bittet um erweiterte Zulassung der Silbermünzen als gesetzliche Zahlungsmittel und der Haus- und Grundbesitzerverein in Greifswald um Einführung einer progressiven Grundsteuer für Warenhäuser.

Mehrere Petitionen wenden sich gegen die von der Reichsregierung abgeforderte Zigarettensteuer.

Der Bund deutscher Militärärzte in Berlin bittet um Anrechnung der Militärärzten auf das pensionsfähige Alter bei den vor dem Inkrafttreten des Gesetzes aus dem aktiven Militärdienst entlassenen Militärärzten.

Der Verein der deutschen Zuckerindustrie in Berlin bittet, dem Vorkaufabkommen zur Weisheit Anterlokation nur unter der Bedingung zuzustimmen, daß die Zuckersteuer mindestens auf 10 Mark herabgesetzt wird.

Die Handelskammer in Wiesbaden wendet sich gegen die Einführung eines Branntweinmonopols.

Eine Petition mit 29,180 Unterschriften von der bairischen Grenze bittet um Ablehnung des § 7 des Reichsvereinsgesetzes.

Der Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften Deutschlands überreicht Abänderungsvorschläge zum Vereinsgesetz, und die bekannte Frauengruppe Maria Theresia in Berlin bittet namens einer Veranlassung um Zulassung der Frauen zu allen Veranlassungen der Wahlberechtigten.

Das Aktionskomitee der sozialdemokratischen Partei in Pöhlitz fordert im Austrage von neun Vorkaufabkommen ein völlig freies Vereins- und Versammlungsrecht für alle Personen 50 bayerische Petitionen, einsehend von Versammlungen in fast allen größeren Städten, bitten um Ablehnung des Gesetzesentwurfes über das Vereinsrecht.

**Die Besteuerung der Nüchternheit.** Unter den Reichssteuerprojekten, die im Reichschatamt ausgearbeitet

oder vorbereitet werden, befindet sich nach dem „Hannoverschen Courier“ auch eine Vorlage, betreffend Besteuerung der künstlichen Mineralwässer. „Begründet“ wird der Vorschlag damit, daß der Verkaufspreis der künstlichen und halbnatürlichen Mineralwässer teilweise eine ganz unangerechnete Höhe angenommen habe. Man will nun nicht etwa auf Verbilligung hinwirken, um den Kampf gegen den Alkohol zu fördern — nein, man will einen Teil des unangerechneten hohen Preises für den Fiskus schinden, damit die hohen Preise erhalten bleiben.

So bekennt der wahre Kultursaat, den Suff wie die Nüchternheit, den Trinker und den Abstinenten — all mit gleicher Liebe und Gerechtigkeit! Alle Achtung vor diesem Blockstreich der Bismarcken.

**Für und gegen die Rosen in Baden.** Der Sozialdemokratie den Krieg erklärt hat am Sonnabend im badischen Landtag der neue Minister des Innern v. Rodman. Er habe darauf hinarbeitet, daß in der neuen Session der „rote Wein“ aus dem Präsidium verdrängt werde und durch einen konservativen ersetzt werde. Dabei ist die sozialdemokratische Fraktion 12 Mann stark, die Konservativen 4. Ein Sozialdemokrat könne in Baden nicht Staatsbeamter werden. Er, der Minister, habe Erhebungen anstellen lassen, ob bei der letzten Landtagswahl im Jahre 1905 Untermänner gemeinsam mit Sozialdemokraten Wahltagitation gegen das Zentrum getrieben hätten. Diese Erhebungen seien allerdings ergebnislos verlaufen. Als der verordnete badische Großherzog auf der Fahrt laa, habe sich die republikanische Meinung der Sozialdemokratie geäußert. Auch lehne sie die Ziviliste ab. Der Jenaer Parteitag habe die Massenstreikresolution gefaßt, und dies bedeute die Propagierung der Gewalt. Des Ministers Regierungsprogramm sei: Nichts für die Arbeiterschaft, nichts für die Sozialdemokratie! Der Mittwoch hat jedoch als schnelle und klare Antwort gegen die Rede des Ministers ein neues und entschlossenes Bekenntnis zur Idee des liberal-sozialistischen Zusammenschlusses abgebracht. Der Redner der nationalliberalen Partei, Landgerichtsdirektor Dr. Kirchner, Mannheim, bekannte sich mit Nachdruck zur großen Wochentag des Jahres 1905. Der Sozialdemokrat Frank trat gleichfalls für die Blocktaktik ein. Der Vorstoß des sozialisten Minister dürfte also ins Wasser fallen. Öffentlich fällt er selbst hinterdrein.

**Katholisches Gebetbuch gegen Sozialdemokraten und andere Sünder.** Man schreibt der „Nat. Ztg.“ aus Weiskalen: In den Händen des westfälischen gläubigen Katholiken befindet sich ein Gebetbuch, das mit dem „Imprimatur“ des bischöflichen Generalvikariats zu Münster versehen ist und eine Zusammenfassung von religiösen Uebungen, Andachten und Gebeten mit Aufsätzen politischen Inhalts bringt. Die letzteren führen die Ueberschriften: „Bist du entschieden katholisch?“ „Der Liberalismus ist unser Feind.“ „Welche Zeitungen liest du?“ „Wie wählst du?“ Folgende Sätze seien aus ihnen hervorgehoben:

1. „Um keinen Preis darfst du in deiner Familie ein gläubiges Kind oder ein so genanntes liberales oder farbloses Blatt halten.“
2. „Wähle dich alle Katholiken einsehen, daß es Ehre und Schande ist, die liberalen und sozialdemokratischen Blätter durchhalten zu unterstützen.“
3. „Die Lehren des Liberalismus untergraben den Glauben an die höchsten Güter des Lebens, den Glauben an die Religion, die Ehrlichkeit im Denken, in Handel und Wandel, den Glauben an die Nächstenliebe und das Sittengesetz.“
4. „Selbstverständlich gehört der katholische Mann der Zentrumspartei an.“
5. „Es ist Gewissenspflicht, daß du wählst, und daß du gut wählst.“
6. „Feind gefährlich für ein warmes katholisches Glaubensleben in der Familie ist auch der allzu vertrauliche Umgang mit den Andersgläubigen.“

In der letzten Auflage des Gebetbuchs vom Jahre 1906 (die vorletzte Auflage datiert von 1902) ist es denn allerdings zur Streichung des ausschließlich dem Liberalismus

# Jah.

Roman von Hippone Danzel.  
Eingig autorisierte Uebersetzung.

50) Daraußin ekle er müßig zu seinem Besuche, während der Saul, ebenso eigenständig wie er, ruhig den Weg nach dem Dorfe einschlug und den erleichterten Wagen nachzog, der nur mit Büchern und Journalen gefüllt war. Dann sagten die Bauern, die ihn unterwegs begegneten:

„Ah, Herr Abals hat Streit mit seinem Knecht gehabt.“

„Herrn war es die Gantfrunde des Doktors, die Kinder auf seinen Fahrten in die Umgegend von Etioles mitzunehmen. Das Kadriole war geräumt, man sah bezaumt zu. Dreten darin, und zwischen diesen beiden kleinen, lachenden Gestalten sah die brave Mann die Trankheit seiner Wohnung bei dem wunderbaren Anblick der Natur vermissen, welche die Schmeizger einmüt, schonst und unmaß. Er belustigte sich wie ein Kind mit den Kindern. Jed war entzückt, wie hatte er so viel Wissen, Schatz, Wasser gesehen.“

„Nur mal, was da gefikt ist“, fragte Ekkle die jenen großen, grünen Abhängen, die in stürzender Bewegung sich zur Seine hinabstürzten. „Sonne, Regen? Roggen?“

„Jed hat sich jedes Mal. Das war eine Stunde, ein Leben.“

„Versteht Du das, Großvater? Das hat er für Roggen gesehen.“

Dann zeigte sie ihm den Unterschied zwischen den vollen Ähren des Weizens und den jagden Köpfen der Gerste, die schwindenden Trauben des Hafers, das Rosenrot des spanischen Klee, das Violett der Luzernen, das Goldgelb der Weizenfelder, all diese über die Kette gedrückten Leptige, diese blühende Ernte, welche, sobald der Herbst gekommen, in der auf der erdichteten Ebene vereinigenen Henschobern aufgeschichtet wird.

„Ueberall, wohin man den Kopf rief, nahm man die Kinder mit Bewunderung auf.“

Sobald sie einen Bachhof betreten, führte man sie, während Herr Abals die plötzliche Stiege zur Stube emporleitete, mit einem, um die Kette, das frische aus dem Dackten kommende Brot und von der Stallschelle aus das Meilen her herüber zu sehen. Oder man nahm sie in eine jener Wälder mit weichen an der Erde, der Herbst, der Sonne erbaumt, nicht unähnlich altzeitlichen Jagdschützen mit ihren begünstigten Schießbüchsen und all jenem Schimmel des Hafers, welcher ihren großen Mauer, ihren schützenden Schirmen ein vorzeitiges Alter bedacht.

Wenn die Kinder an diesen großen, weißen Gebäuden, wo der Mehlhaub beständig in dem Jitern des Fußbodens und der Hände emporsteigt, sich satt gezeihen, dann betrachteten sie die Wandlung die das Wasser heilighenden Speichen, das Schäumen der Schäume und dort oben an dem kleinen, eingezwängten, ruhigen, von knorrigen Weiden umschützten Hülsen einen leuchten Hügelhof, in welchem sich Scharen von Enten bewährten.

Es ist etwas Schönes um die Freiheit in den Wohnungen der Landleute. Nichts wird dadurch gehemmt und unterbrochen. Das Vieh geht und kommt zur gewohnten Stunde. Wenn der Mann krank ist, ericht ihn die Frau bei der Arbeit und nimmt sich nicht einmal die Zeit, um ihn Gesellschaft zu leisten, oder sich zu beunruhigen und zu betrüben. Die Erde wartet nicht und die Tiere noch weniger. Die Hauswirtsin arbeitet den ganzen langen Tag; des Abends bricht sie vor Ermüdung zusammen und schläft schwerfällig ein. Der unglückliche Bettlägerige im ersten Stockwerk, oberhalb des Zimmers, wo der Müllstein knirscht, des Stalles, wo die Kinder brüllen, ist der Verwandte, der während des Kampfes fiel. Man kümmert sich nicht um ihn. Man beginnt sich, ihn in einem Winkel unter Obdach zu bringen, ihn an einen Baum, an die Rückseite eines Grabens zu lehnen, während die Schlacht fortbauert und alle Arme beansprucht. Niemand umher bricht man das Gerne, steht man das Korn, trüben die Höhe sich heifer. Das ist ein Arm und Her, eine ununterbrochene Tätigkeit, während der Hausherr, das Gesicht zur Wand gekehrt, ergehen, schweizig und unempfindlich darauf wartet, daß der hereinbrechende Abend oder der Tag, welcher den Fußboden bleicht, sein Leben oder sein Leben von ihm nehmen möge.

Ans diesem Grunde fanden die Kinder in den Häusern, welche sie betreten, keine Traurigkeit. Man verhielt sie. Da gab es immer einen Zwickel für sie, ausgehöhlten Haher für den Saul, einen Stork mit Früchten, um ihn bei Großmutter mitzunehmen.

Der Doktor war so besetzt, so gütig, so wenig auf seinen Vorteil bedacht. Die Landleute verehrten ihn und prellten ihn dafür.

„Das ist ein sehr müßiger Mann“, sagten sie, wenn sie von ihm sprachen. „Wenn der gewollt hätte, der könnte sehr reich geworden sein.“

Aber müßigdenkender ritzten sie es so ein, daß sie nie eine Rechnung bezahlten, und das war bei einem Charakter wie dem einzigen nicht schwer. Wenn er nach besonderer Konsultation ein Haus verließ, war er von einer jeden und lärmenden Menge umringt. Niemand sah ein Stück auf seiner Rundreise seine Wünsche so bekräftigt wie das schützende Kadriole des Doktors im Augenblick der Abfahrt.

„Herr Abals, was soll ich meiner Kleinen eingeben?“

„Und mehr armer Mann, Herr Abals — kann man nichts für ihn tun?“

„Ja das Pulver, welches Sie mir gegeben, zum Einnehmen oder zum Einreiben? Haben Sie noch eine Kleinigkeit davon? Ich bin mit meinem zu Ende.“

Der Doktor antwortete allen, ließ den einen die Zunge herausstrecken, füllte dem anderen den Puls, verteilte kleine Päckchen Pulver, gab aufgelöste Chinurinde, alles, was er hatte, und ging schließlich leer, ausgebeutet, ausgezehrt von dannen unter den Aufrufen, den Segnungen all dieser braven Landleute, welche sich gerührt ein Auge wuschten mit dem Auf: „Welch würdiger Mann!“ und mit dem anderen Auge schelmisch blinzelten, als wollten sie sagen: „Welche Unschuld!“ Er konnte sich noch glücklich preisen, wenn nicht im letzten Augenblicke irgend ein Knecht oder ein Dolmetscher erzählten, um ihn sehr schnell zu einem Kranken vier Meilen von hier fort zu holen.

Endlich lehrte man zurück, und diese Heimfahrt bei Sonnenaufgang quer durch die Pfade des Waldes, der seine langen Äste ausstreckte, oder auf der Landstraße, welche von fliegenden Schwärmen, fliehenden Kindern, zerstreuten Herden durchkreuzt wurde, gewährten eine töpliche Verüstigung. Die Szene, welche von der Nachseite her schon ganz blau war, rollte dem Horizont zu, der in flüßigen Golde schimmerte. Auf diesem leuchtenden Hintergrunde machten die schlanken, nur in der Höhe nach Palmenart behauften Baumgruppen, die welchen, längs des Abhanges übereinander gereihten Häuser plößlich den Eindruck einer orientalischen Landschaft, die man mehr im Traum, als in der Wirklichkeit gesehen, einer jener Städte Tudsas, welche den Horizont der heiligen Familie bei ihrer abendlichen Wanderung auf ansteigenden Pfaden begrenzen.

„Das ähnelt Nazareth“, sagte die kleine Ekkle in Erinnerung an fromme Bilder; und die beiden Kinder plauderten, erzählten sich ganz leise Geschichten, während der Wagen dem Abendessen entgegenrollte, welches Jed sehr oft teilte.

Von all diesen gemischten Fahrten erfand sich für Herrn Abals, daß der kleine d'Armenton ein sehr offenes Verstandts, einen konzentrierten, aber tiefen Geist besaß, wo der wenig empfangene Unterricht viele Spuren zurückgelassen hatte. Mit seiner edelmütigen Güte befaßt er schnell, wie arg das arme Kind von den Erntigen vernachlässigt sein mußte, und er beschloß, ihre Gleichgültigkeit weit zu machen. Er gewöhnte sich daran, ihn täglich nach dem Frühstücken eine Stunde arbeiten zu lassen, gerade zu der Zeit, welche er sonst seinem Eklischen widmete. Wer die Gewohnheit eines Schläfens nach der Mahlzeit kennt, der wird begreifen, welchen Nutzen und welcher Eingabe er bedurfte, um darauf zu verzichten.

(Fortsetzung folgt.)



gewildmeten Auftrages und des Tages: „Selbstverständlich gehört der katholische Mann der Zentrumspartei an“, gekommen. Die Liberalen sind beim Bischof jetzt in Gnade gefallen, aber die Sozialdemokratie teilte der alle Maß! Wir haben uns nie etwas anderes gewünscht, denn der Schwärze wird die Farbe der Freiheit und der Liebe nie vertragen können.

**Der Orden erhält.** Dem Volksgeliebten Hoeft, Kommandeur der Berliner Schutzmannschaft, und dem bekannten Volkshauptmann Stephan, der das rüchliche Dreinschlagen an der Sextandienfeier am Wahlrechtsfesttag veranlaßt, wurde aus Anlaß des Geburtstages Wilhelm II. der Rote Adlerorden dritter resp. vierter Klasse verliehen.

Die Führer der freisinnigen Parteien wurden bekanntlich nur mit der vierten Klasse desselben Ordens „ausgezeichnet“. Die Dienste der Berliner Schutzmannschaft bei den Wahlrechtsdemonstrationen werden also wesentlich höher bewertet als die Verdienste der Fischbeck und Wiemer um die Wilowsche Blutpolitik.

**Aufbesserung der Kommunalbeamtengehälter.** Auf Grund einer Umfrage bei den Regierungspräsidenten hat der Minister des Innern die Ueberzeugung gewonnen, daß die Befoldung der Kommunalbeamten an vielen Orten einer Aufbesserung bedürftig ist. — Das allein nicht den Beamten allerdings wenig.

**Liberaler Frauen gegen das Reichsvereinsgesetz.** Eine liberale Frauenversammlung in Berlin nahm am 28. d. M. folgende Resolution an:

„Die von der Ortsgruppe Berlin des Deutschen Verbandes für Frauenstimmrecht einberufene öffentliche Volksversammlung erwartet, daß der deutsche Reichstag den Entwurf eines Reichsvereinsgesetzes in seiner gegenwärtigen Form ablehnen wird, daß er die heute in verschiedenen Staaten des Reiches bestehende Vereins- und Versammlungsfreiheit aufhebt.“

Die Versammlung verlangt ein freies Vereinsgesetz ohne jede polizeiliche Beschränkung. Die Frauen im Verein sind sich darüber einig, daß sie nicht gewillt sind, die ihnen gewöhnlich bestimmten Bestimmungen über Vereinsbestimmungen gegen die fremdsprachige Bevölkerung zu erlassen.

Die Resolution wurde mit allen gegen eine Stimme angenommen. Gegen sie stimmte ein zufällig anwesender — liberaler Mann!

Wenn doch alle liberalen Männer Weiber wären!

**Für die Reichstagswahl in Embden-Norden** haben die Sozialdemokraten jetzt auch ihren Kandidaten nominiert, nämlich Genossen Hua, der bei den allgemeinen Wahlen von 1907 im 2. hannoverschen Wahlkreis gegen den nationalliberalen Semler kandidierte. — Wie das sächsische Reich meldet, will sich der Kandidat der rechtsstehenden Parteien, Czerniewski, der Wirtschaftlicher Vereinigung im Reichstagswahlkreis anschließen. Danach haben also die Antikonservativen bei dieser Wahl aus dem Felde geschlagen.

**Recht so!** Infolge der letzten Reichstagswahlen sind die beiden Arbeitervereine in Halle an der Saale gemindert worden. Der eine mußte das von Kaiser verliehene Ehrenband zurückgeben, der andere darf fernerhin auf seiner Vereinsfahne den Reichsadler nicht mehr führen. — Recht so! Wer nicht kriechen kann, soll nicht betreten.

**Von geplanten ArbeitslosenDemonstrationen** in Berlin wissen bürgerliche Blätter wieder Unheimliches zu melden. Es handelt sich aber um weiter nichts, als um zwei Arbeitslosenversammlungen in Köpenick, die einen Vorläufer bilden sollen für die Arbeitslosen-Interpellation, die am Abend in der Stadtverordnetenversammlung behandelt werden sollen. Die sozialdemokratische Fraktion, die die ganze breite Abteilung vertritt, will durch die Interpellation den Magistrat ersuchen, Notstandsarbeiten vorzunehmen, um der Arbeitslosigkeit zu steuern.

**Eine Verwechslung.** Der vom Grafen Kuno Moltke verlagte Redakteur des „Morgen“, Dr. Landsberger, ist nicht der ehemalige Redakteur des „Generalanzeiger“. Die behauerliche Verwechslung veranlaßt uns, die gegen die Person gerichtete Kritik zurückzuführen, nicht aber die gegen den „Morgen“.

**Unständige Verze-Einkommen.** Aus den Nachweisungen der Kammer Berlin-Brandenburg für das Jahr 1907 ergibt sich, daß Berlin im genannten Jahre 25 Verze mit einem Einkommen von 34,000 bis 40,000 M., 29 mit 40,000 bis 50,000 M., 9 mit 50,000 bis 60,000 M., 8 mit 60,000 bis 70,000 M., 2 mit 70,000 bis 80,000 M., 4 mit 80,000 bis 90,000 M., 6 mit 90,000 bis 100,000 M., 2 mit 100,000 bis 120,000 M., 4 mit 120,000 bis 180,000 M., 1 mit 180,000 bis 220,000 M. und 1 mit 220,000 bis 225,000 M. befaßt. Daß unter den 4000 Verzen des Kammerbezirks auch nicht wenige proletarische Existenzen sich befinden, geht jedoch am besten aus der Gesamtsumme hervor, die trotz der oben aufgeführten Kräfte sich nur auf 1,096,272 M. 80 Pf. beläuft.

**Gemeindliche Wohnungsfürsorge.** Aus Anlaß der in der hiesigen Stadt Hof herrschenden Wohnungsnot hat die dortige Kreisregierung der Ober-Stadtverwaltung anheimgegeben, wenn sie sonst zur Bekämpfung der Wohnungsnot nichts unternehmen wolle, wenigstens einen städtischen Wohnungsnachweis, angelehnt an das städtische Arbeitsamt, ins Leben zu rufen. — „Das braucht man net“, saßen die liberalen Hausbesitzer, die infolge des ungerechten Gemeindevahlrechts im Rathaus die Mehrheit haben, und sie lehnten den Vorschlag der Regierung rundweg ab. Als noch überflüssiger bezeichneten die „Hausbesitzer“ die Errichtung eines Leihwohnheims.

**„Sozialisten, Anarchisten und Verbrecher.“** Die Merikale „Trierische Landeszeitung“ berichtet, daß in irgend einem Eisenhof der katholische Pfarrer ein Strafmandat bekommen hat, weil er seinen dem Jesuitenorden angehörenden, bei ihm zu Besuch weilenden Brüdern nicht polizeilich angemeldet hatte. Dazu schreibt das Dasbachblatt: „Nunmehr ist die Polizei eine scharfe Kontrolle über die Jesuiten ausüben, eine Kontrolle, die scharfer ist als die über die Sozialisten, Anarchisten und Verbrecher, die sich aufhalten und Reden halten können wo sie wollen und wo oft sie wollen.“ — Wie würde es dem Merikalen Blatte passen, wenn wir schreiben: „Stolche, Jesuiten und Buchhändler werden ausgewiesen.“

### Ausland.

**Ganz Rußland im Ausnahmezustand!** Die „provisorische“ Verhängung des „besonderen“, „verrückten“ und „außerordentlichen“ Schusses und des Kriegs- und Belagerungsstandes ist nachgerade zu einer permanenten Erscheinung in Rußland geworden. Gegenwärtig ist kein einziges Gouvernement des europäischen Rußlands von irgend einer Art des Ausnahmezustandes freigeblieben. Bloß vereinzelte Kreise in vier Gouvernements (26 von im ganzen 61), die insgesamt bloß ein Dreißigstel der Gesamtfläche des europäischen Rußlands ausmachen, werden auf Grund der „gewöhnlichen“ Vollmachten der Administration regiert. In allen übrigen herrscht an Stelle des Gesetzes die „Gewalt“ der Willkür der mit „außerordentlichen“ Vollmachten betrauten Behörden. Es verdient hervorgehoben zu werden, daß der Kriegszustand über 99 Kreise und 2 Städte, also über ein Sechstel aller Kreise des europäischen Rußlands verhängt ist.

**Finland wehrt sich.** Die „Rowoje Wremja“ schreibt dem finnischen Staatssekretär General Langhof die Drohung zu, falls die geplante Einverleibung Wiborgs seitens Rußland statthabe, werde eine Erhebung in Finland geplant. Notwendig sei die Auflösung des finnischen Landtages und Verhängung des Verlaesungsstandes über Selkington.

**Bombenwerfer im Auftrage der spanischen Polizei.** In wenigen Tagen beginnt in Barcelona der große Terroristen-Prozess. Hauptangeklagter ist der ehemalige Katalonier Kull, der vom Staatsanwalt beschuldigt wird, selbst mit mehreren Spießgesellen die in den letzten zwei Jahren vorgekommenen Bombenattentate angeklagt und selbst Bomben gelegt zu haben, um die Polizei in Alarm zu halten und durch gelegentliche Aufdeckung verborgener Explosivkörper Verhörungen von den Ueberwachungsbehörden zu erlangen. Es wird gegen ihn eine fünfjährige Todesstrafe beantragt. Er drohte dafür mit sensationellen Entschlüssen. Für zehn seiner Helfershelfer werden langjährige Zuchthausstrafen beantragt.

Daß der Anarchismus samt seinen Attentaten von Behörden direkt und indirekt geschildert wird, diese verbrecherische Tatsache ist ja nicht nur aus Spanien bekannt.

**Die englische Thronrede.** Die Thronrede, mit der am Mittwoch die Tagung des englischen Parlaments eröffnet wurde, erwähnt in erster Linie den Besuch des deutschen Kaiserpaars. Der begeisterte Empfang, der dem Kaiserpaar seitens der Bevölkerung zuteil geworden, habe bewiesen, daß die Annäherung zwischen den beiden Völkern eine Tatsache ist. Es wird dann das Ableben des Königs von Schweden bedauert. Die Thronrede erwähnt weiter das Abkommen mit Rußland bezüglich Persien, Afghanistan und Tibet, sowie ferner das Abkommen mit Deutschland, Frankreich und Rußland zur Sicherung der Neutralität Norwegens. Sie berührt dann die Haager Friedenskonferenz und die Kongokonferenz. In Bezug auf die letztere wird die Hoffnung ausgedrückt, daß die Besprechungen und Unterhandlungen, welche zurzeit zwischen der Kongoregierung und der päpstlichen Regierung verhandelt, zu einem befriedigenden Ergebnis führen, und daß der Kongostaat, entsprechend der Äkte von Berlin, in humanitärer Weise verwaltet werden wird. Die Thronrede beschäftigt sich dann mit verschiedenen Gesetzesvorlagen, die das Parlament zu beraten haben wird. Unter den angeführten Gesetzen befinden sich Entwürfe der Altersvorsorgengesetze, zur Regelung des Elementarunterrichts in England und Wales, zur Regelung der Arbeitszeit für unrichtliche Beschäftigung in Kohlenbergwerken, zur Verbesserung der Vorschriften für Seearbeiter, zur Erziehung der Arbeiter der Universitätsbildung in England, Verbesserung der leichten Landbaukultur usw.

**Englische Frauen für ihre Rechte.** Der König und die Königin von England begaben sich vom Buckingham-Palast zur Eröffnung des Parlaments. Als der königliche Zug das Parlamentsgebäude verließ, warf sich eine Anhängerin des Frauenstimmrechts, ein Schriftstellerin, offenbar eine Wittib, hochhaltend, mitten auf der Straße vor dem Wagen nieder. Sie wurde von mehreren Polizeibeamten zurückgeführt.

**Ueber die Krise in Nordamerika** läßt sich ein Newarker Genosse in einem uns zur Verfügung gestellten Briefe in folgender Weise äußern:

„Zurecht sieht es hier im Lande der unbegrenzten Möglichkeiten infolge der Krise recht traurig aus, sobald über Hunderttausende Arbeiter das Land, wo keine Wälder sind, kein Vogel singt und der Dollar herrscht, verlassen haben. Sehr viele Fabriken sind auf unbestimmte Zeit geschlossen, das Heer der Arbeitslosen ist ungeheuerlich und gar manchen braven Genossen trifft das harte Los. Auch wir Brauer saugen es an zu spüren, doch sind wir durch einen Tarifvertrag bis 1. Mai 1909 geschützt, da bei schwachem Geschäftsgang an einem Tag der Woche der ganze Betrieb ruht und zwar auf die Dauer von 5 Monaten. In der hiesigen Brauerei (Freigenossen) sind wir 3 Schlichter vertreten, ein Brauer, ein Mästerberger und meine Wenigkeit aus Hennesdorf, Nr. Grottkauer. Leider sind die beiden Kollegen keine Genossen, aber die „Volkswacht“ lesen dieselben dennoch.“

Am Freitag, den 17. d. M. fand in New York zu Ehren William Haywood aus Idaho eine Begrüßung und Bewillkommungs-Demonstration statt, wie eine zweite in der Vier-Millionen-Stadt noch nie stattgefunden hat. Wahrscheinlich wird Haywood der nächste Präsidentschaftskandidat der Sozialisten sein, so daß wir auf einen guten Erfolg für die Partei rechnen können.

Wie jetzt haben wir noch keinen Winter, Regen und Schlappwetter, so daß die Grippe (Influenza) ihr Unwesen treibt. Mit solidarischen Gruß Ihr A. R.“

### Kleine Auslandsnachrichten.

Nach einer Meldung der „Times“ aus Lachera in Persien sind große Unruhen in Tabriz vorgekommen. Es kam zu Straßenkämpfen, wobei zwanzig Personen getötet wurden. Die Unruhen sind eine Folge von Streitigkeiten zwischen der Reformpartei und den Gegnern des Parlaments. Auch in anderen Städten in Nord-Persien sind ähnliche Unruhen vorgekommen. In Tabriz steht der Handel.

### Breslauer Nachrichten.

Breslau, den 30. Januar.

\* **Stadt-Theater.** Vorgings komische Oper „Der Wildschütz“ wird heute Donnerstag zur Darstellung gebracht. Das Werk fand in der Besetzung mit den Herren Günther-Braun, Höpfl, Schauer, Martini und den Damen Mac Grem, Reich, Walter, Weiß bei seiner Wiederaufnahme stürmischen Beifall. Duzigent: Kapellmeister Bräuer. Morgen Freitag gelangt zum ersten Male in dieser Spielzeit Gounods große Oper „Margarete“ zur Aufführung. In der Titelpartie setzt Fräulein Denny ihr Können fort. Am Sonnabend findet eine Wiederholung von Eugen d'Alberis Oper „Tiefland“ statt. Der große Premierenerfolg ist dem Werke auch bei seinen bisherigen Aufführungen treu geblieben.

\* **Halla-Theater.** Für Sonntag wird die Detektivkomödie „Sherlock Holmes“ vorbereitet.

\* **Volkstheater.** Als zweite Vorstellung für Gruppe H wird heute Donnerstag der amüsante Schwank „Dalei Bernick“ wiederholt. An der Abendkasse Billeverlauf.

\* **Gumboldverein.** Als nächste Vorstellung für die Mitglieder des Gumboldvereins wird morgen Freitag der Schwank „Eine lustige Doppelde“ aufgeführt.

\* **Schauspielhaus.** Heute Donnerstag, sowie Freitag und Sonnabend bleibt die Heuberger'sche Operette „Der Oberbalk“ in der Oper, welche allabendlich mit dem größten Beifall aufgenommen wird, auf dem Repertoire. Die Besetzung bleibt die bekannte. Am Sonnabend Nachmittag veranstaltet die Direktion eine Volksvorstellung zu außerordentlich ermäßigten Preisen. Zur Aufführung gelangt „Demetrius“. Die Premiere der Dürer'schen Komödie „Die Schmutzler“, findet bestimmt am Sonntag, den 2. Februar, statt.

\* **Dominikaner.** Heute Donnerstag findet der letzte große Karnevalabend statt, verbunden mit einer Herren-Schönheits-Konkurrenz und Prämierung der sechs schönsten Herren. Gleichfalls verabschieden sich die Harnberger Sänger schon heute am 30. Januar. Für den 31. Januar und Monat Februar sind die Variete-„Sterne“, Dir. J. Schadt, verpflichtet. Das Programm wird mit sechs neuen Burlesken jeden dritten Tag gewechselt.

\* **Kleine Gasse.** Am 29. d. M., Nachmittags, brannte in dem Hause Bärenstraße 6 ein Bodenstichlag. — In dem Hause Goldene Rabengasse 16 kam ein Wasserrohr zum Ausbruch. — Wegen eines Stubenbrandes

wurde die Feuerwehr Abends nach Lauenburgerstraße 69 und wegen eines Schornsteinbrandes nach Kronprinzenstraße 40 gerufen.

\* **Polizeiliche Meldungen.** Gefunden wurden: ein Damenschirm, drei Messingmünzen und ein großer Karton mit Döckchen und Pistolen. — Abhanden kamen: ein goldenes Kettenarmband, ein schwarzes Samtbläschen, ein Borgnon mit silberner Kette, ein goldenes Medaillon, eine Federboa und ein weisses Tuch.

\* **19 Gasenfelle,** welche ein Mann in einem Geschäft am Neumarkt zum Kauf angeboten hatte, wurden mit Beschlag belegt. Der Mann hatte die Felle ergriffen, als ein Ausweis von ihm verlangt worden war.

\* **In Haft genommen** wurde ein Bader, der in Gelehen-Schlafstuden eingebrungen war und Geld und Wertgegenstände entwendet hatte. — Ein in einer hiesigen Dragenhandlung angelegter Drogist wurde in Haft genommen, weil er sich fortgesetzt die feinsten und teuersten Nahrungsmittel angeeignet hatte. — Ein Klempner, der am 29. d. Mts. einem Maler auf der Sonnenstraße ein Fahrrad gestohlen hatte, wurde ebenfalls eingekerkert.

### Aus Schlesien und Polen.

**Kattowitz, den 30. Januar.** Die Arbeiter und die Staat“ lautete das Thema, das Genosse Dr. Maurenbreche in vier Verlesungen im ober-schlesischen Industriebezirk und zwar in Hagen, Kattowitz, Deuthen und Königshütte behandelte. In jedem der Vorträge behandelte Maurenbreche neben den grundlegenden Gedanken des Themas einige besondere Seiten des Verhältnisses der Arbeiter zum Staat. So daß die Vorträge eine vollkommene Behandlung dieser großen Frage darstellten. Die in Inhalt wie Form gleich meisterhaften Referate fanden den stürmischen Beifall der Zuhörer, die liberal die Lokale bis auf den letzten Platz füllten. So waren in Kattowitz, wo die Versammlung im großen Saale der Reichshalle stattfand, ca. 600 Besucher erschienen — das freisinnige „Tageblatt“ schwindelt von 250 Personen! — und allgemein war der Wunsch, bald weitere Vorträge von Genossen Maurenbrecher hier zu hören.

### Neueste Nachrichten.

#### Wegen die Tabaksteuer.

Bremen, 30. Januar. (S. T. B.) Die Bürgerschaft faßte eine Resolution, in der sie die Ueberzeugung ausdrückt, daß der Senat alles gegen die Zigaretten- und Cigarettensteuer und jede Mehrbelastung des Tabaks aufheben werde, weil erstens die in die Steuern bereits enorm gesteigert seien, zweitens die Tabakindustrie schwer geschädigt sei und drittens Bremen schwer darunter leiden müsse.

#### Der freigesprochene Graf Hohenau.

Berlin, 30. Januar. Hohenau wird sich jetzt noch vor einem Ehrengericht zu verantworten haben. Wie die „N. O. R.“ hört, hat der Kaiser bereits die Einleitung des ehrengerichtlichen Verfahrens gegen den Generalleutnant a. D. Grafen Wilhelm von Hohenau anbefohlen. Graf Hohenau wurde, wie erinnerlich, vom Kriegsgericht in Potsdam zwar freigesprochen, jedoch stellte das Kriegsgericht fest, daß seine Unschuld nicht erwiesen sei. Die Zusammenfassung eines Ehrengerichts gegen einen General leat bestimmungsgemäß in den Fällen des Kaisers. Es heißt hierüber in der Verordnungsammlung über die Ehrengerichte vom 2. Mai 1874: „Tritt die Notwendigkeit ein, gegen einen General oder einen in einer Generalsstellung stehenden Stabsoffizier, oder einen von ihm ernannten Kommandanten, oder einen die direkt unterstellten Offizier, oder einen Adjutanten der Prinzen Meines Hauses oder eines deutschen Fürsten, oder gegen einen außerhalb des Verbandes Meines Heeres abkommandierten Stabsoffizier ehrengerichtlich einzufahren, so werde ich das Nötige jedesmal besonders bestimmen.“

#### Streik städtischer Gasarbeiter.

Halle, 30. Januar. Gestern haben die städtischen Gasarbeiter die Arbeit niedergelegt, nachdem der Magistrat die sofortige Zulage auf Vornahme abgelehnt hat. Die Gasmanuskraften halten in beiden städtischen Gasanstalten notdürftig den Betrieb aufrecht.

#### Ein Nordsee-Abkommen.

London, 30. Januar. (S. T. B.) Es schweben tatsächlich Verhandlungen zwischen der englischen und deutschen Regierung wegen eines Abkommens über die Nordsee. Der Berliner Korrespondent der „Westminster Gazette“ wendet sich gegen das Berliner Auswärtige Amt, welches eine Zeit verstreichen läßt, daß gewisse Großmächte aus Gründen ausschließen sucht, welche nicht handhaben. Die berechtigten Vertragsinteressen der Großmächte müßten unbedingt berücksichtigt und in den Vordergrund gestellt werden.

#### Die Unruhen in Portogal.

Lisbon, 30. Januar. (S. T. B.) Aus Portogal wird hierher berichtet, daß die Verhängung des Belagerungszustandes unmittelbar bevorstehe. Die portugiesischen Republikaner behaupten, sie seien ihres Sieges gewiß. Der sichere Stand der Dinge läßt sich aus den hier eingehenden Meldungen nicht beurteilen. Gestern Nachmittag kam es in Alfama wiederholt zu Aufläufen, so daß die Polizei einschreiten „mußte“. Versammlungen von Bewaffneten wurden von der Polizei aufgelöst und zahlreiche Verhaftungen vorgenommen.

**Madrid, 30. Januar.** (S. T. B.) Unter den in Portogal verhafteten Republikanern befindet sich auch der Abgeordnete und Mitglied des republikanischen Direktors Almeida, ein angesehener Arzt. — Der Justizminister unterbreitete dem König ein Dekret, wonach Presbelle künftig von den Kriegsgesetzten abgeurteilt werden sollen. Auf einen Rechtsbruch kommt es solchen Justizministern nicht an.

#### Marokko.

Tanger, 30. Januar. (S. T. B.) Aus Eingeborenenquartier wird mitgeteilt, daß Mulich Kasid an der Spitze einer bedeutenden Mahalla eine Tageliste vor Sultan stehen. Nach aus freigelegten Mitteilungen befaßt es sich, daß Leute aus Medouna massenhaft in die Stadt einbringen, um den Pascha wegen seiner Beziehungen zum Raggien gefangen zu nehmen.

**Wien, 29. Januar.** Vor der Strafkammer hatten sich heute sechs Anarchisten wegen Verbreitung von Druckschriften zu verantworten, in denen aufgefördert wurde, im Kriegsfall auf Offiziere zu schießen. Das Urteil lautete gegen zwei Angeklagte auf je 10 Monate Gefängnis, ein dritter erhielt wegen Begünstigung zwei Monate, ein anderer wegen Beihilfe fünf Monate Gefängnis, während zwei Angeklagte freigesprochen wurden.

**Rom, 30. Januar.** (S. T. B.) Seit mehreren Tagen gehen die ausländischen Hafenarbeiter in Neapel beständig in Erregung, die zu neuen Zusammenstößen mit Polizei und Zollbeamten geführt haben. Trotz mehrfachen Handgemenges machte die Polizei keinen Gebrauch von den Waffen.

Verantwortliche Redaktion: Gustav Wolff. — Redaktion und Druckerei: Neue Graepelstraße 32. — Verlag von Oskar Schö. — Druck von Th. Schö. — 1. d. d. — Halle in Berlin. — Berlin 1. d. d.







## Zweierlei Arbeitslose

oder

Demonstration und Defilieren.

Der Hoßn unserer christlichen Weltordnung zeigte sich wieder recht deutlich am vorigen Dienstag, dem 21. Januar, jenem verhängnisvollen Datum, an dem vor drei Jahren die russische Revolution ihren Anfang nahm. In den Vormittagsstunden dieses Tages zogen in Berlin Tausende von Arbeitslosen in die Versammlungen, um durch diese Demonstration dem Klassenstaate ihre Not wirksam vor Augen zu führen, in den Nachmittagsstunden schloßen Politiken mit blanken Säbeln auf die Köpfe kleiner Menschenmassen, die sich in den Straßen anelammelt hatten, und in den Abendstunden fand im königlichen Schlosse die übliche Defiliercours statt. Demonstriert in der ursprünglichen Bedeutung des Wortes wurde in allen diesen Fällen: die Arbeitslosen brachten ihre Not, die Polizei ihre Gewalt und die Hofgesellschaft ihren Luxus anschaulich zum Ausdruck. Ebenso handelte es sich auch fast überall meistens um Arbeitslose. Die Arbeitslosigkeit äußerte sich nur verschieden, je nach dem Stande, den die Arbeitslosen im Klassenstaate einnehmen. Die Arbeitslosen in den Versammlungen und auf den Straßen hatten andere Bedürfnisse als diejenigen im Schlosse, folgten auch andere Hüte und waren zu Fuß. Aus diesen Gründen schienen sie auch der Polizei verdächtig und bekamen Säbelhiebe, wenn sie aufmachten — was bei den Arbeitslosen, die nach dem Schlosse gelopperten, durchaus nicht der Fall war. Die Polizei wehrt sehr wohl, welche Art Arbeitsloser nach dem Schlosse ziehen darf, damit dort der Glaube, daß jeder Arbeiter bis an sein Ende eine gesicherte Existenz habe, nicht zerstört wird.

Unsere Leser kennen die proletarischen Arbeitslosen gewiß aus eigener Anschauung so gut, daß eine Beschreibung derselben hier wohl erspart bleiben kann. Dagegen wird denen, die keine kapitalistischen Blätter lesen, eine kurze Schilderung der Toiletten der höflichen Arbeitslosen nicht uninteressant sein. Die „Berliner Zeitung am Mittag“ schrieb darüber:

„Dann die Toiletten für die Damen. Kostet doch eine Courtablette allein oft schon mehrere tausend Mark. Wenn sie auch öfter verwendet werden kann, so wird doch das dazu gehörige Kleid mit dem tiefen Hofbesuche meist für jede Cour neu angefertigt. Die Toiletten sind überreich mit Stickereien, namentlich aus Perlen, Silber und Gold besetzt, da in dem Glanze des Thronsaales und des vielen Schmuckes nur solche Toiletten wirken können. Im Haar funkelt gewöhnlich ein Diadem, bei jungen Mädchen ein Blumenkranz, unter dem der traditionelle Schleier hervorquillt, der entweder auf echten Spitzen oder aus echtem Weißtüll besteht. Wenn man bedenkt, daß so ein einfaches, drei Meter langer Schleier mindestens 300 Mark kostet, wird man ersehen können, wie kostbar eine vollständige „Hofausstattung“ mit Schmuck und allem Zubehör ist. . . . Bei Geson, Spitzer, Beckstein, Mor Stein gab es in den letzten Tagen märchenhafte Toiletten zu bewundern, die heute Abend in vollem Glanze ihre Festherrinnen schmückten werden.“

Dann wird im einzelnen berichtet über die „Hofausstattung“ der jungen Gräfin Dohna, der Frau Oberst von Zietzen, der Frau Staatssekretär von Schön, der Frau von Stiller, der Gräfin Schwerin-Stolpe, der Prinzess Litta Thurn, der Frau Reichskanzler, des Fräuleins von Behr-Binnow, der Frau des Kammerherrn von Wille um., deren Kostüme sämtlich erkennen lassen, daß es mit der Lebensmittelfürsorge und dem Niedergang der Geschäfte eitel Schwindel ist und Notstandsarbeiten in absehbarer Zeit keineswegs erforderlich sind.

Von Armut und Elend predigen überhaupt nur die Sozialdemokraten, die vom christlichen Glauben abgewichen

sind. Gute Christen, wie z. B. die obigen Damen und die zugehörigen Herren, sind dagegen mit ihrer Lage ganz zufrieden. In diesen frommen Kreisen hört man nichts von Wahlrecht und ähnlichen göttlichen Dingen. Die sind in der Wahl ihrer Eltern und Gatten vorfichtig gewesen und halten diese Wahl für die allerbeste. Sie gehen nicht zu Demonstrationen auf die Straße, sondern bescheiden sich mit den bestehenden Verhältnissen in christlicher Demut. Sie sind eben die „Edelsten und Besten“!

## Vom Wahlrechtskampf.

### Die Christlich-Sozialen gegen Bülow.

In einer am 27. Januar in Bochum abgehaltenen vertraulichen Kreisbesprechung der Christlich-Sozialen Partei wurde folgende Resolution zur Wahlrechtsreform angenommen:

„Die vertrauliche Kreisbesprechung der Christlich-Sozialen Partei, des Wahlkreises Bochum—Gelsenkirchen—Witten—Hattingen bedauert die Erklärung der Regierung, die sie in Sachen der Reform des preussischen Wahlrechts kundgegeben hat und bezeichnet dieselbe als völlig ungenügend. Die Konferenz erneuert den Beschluß der Christlich-Sozialen Partei in Elberfeld und erklärt das Wahlrecht für sehr dringende reformbedürftig, weil es im Widerspruch zu dem Kulturstande des preussischen Volkes steht, und weil es weite Kreise von der Vertretung des Volkes ausschließt. Die Konferenz betrachtet das geheime Wahlrecht für Urväter und Wahlmänner, sowie die Vereinfachung des plebiszitären Charakters als die Voraussetzung jeder gesunden Wahlreform. Auch erklärt sie weiter, daß sie im wohlverstandenen Interesse des Staatswohl mit einem eventuellen Plural-Wahlrecht, wodurch Bildung und Besitz noch mehr berücksichtigt werden, nicht einverstanden ist.“

Für welches Wahlrecht die Christlich-Sozialen eigentlich sind, läßt Fraktionsgeheimnis.

## Russische Ansichten zur preussischen Wahlrechtsfrage.

Das Zentralorgan der Schwarzen Hunderte, „Russkoje Snamja“, teilt sich aus Anlaß der preussischen Wahlrechtsdemonstrationen folgenden Brauß:

„Schon Napoleon hat gesagt: das beste Mittel, die Arbeiterfrage zu lösen, sind Kartätschen. Die Deutschen haben sich das angeeignet, und deshalb herrscht bei ihnen Ordnung.“

Also den Beifall der echten Russen hätte Bülow.

## Hessen als „nationales Vergerniß“.

Die modernen und vernünftigen Ansichten über Straßendemonstrationen, die der heftige Minister Braun im Gespräch mit Genossen Ulrich ausgesprochen hat, sind für die preussische Junker- und Scharfmacherpresse zum willkommenen Anlaß einer antihessischen Hege geworden. So schreibt u. a. die „Post“:

Grundsätzlich müßte doch jeder deutsche Minister dagegen sein, daß die Politik auf die Straße getragen wird, grundsätzlich müßte jeder Minister eines deutschen Bundesstaates sozial Rädelschäufel auf die programmativen Erklärungen des Reichskanzlers nehmen, daß er sich nicht direkt öffentlich damit in Widerspruch setzt. Grundsätzlich sollte es doch der Minister eines deutschen Bundesstaates vermeiden, durch seine Haltung und durch seine Worte die Vertreter der Ansicht, daß Straßendemonstrationen berechtigt seien, in dieser Ansicht zu bestärken.

Herr Braun und mit ihm die übrigen Mitglieder der großherzoglichen Staatsregierung haben wahrhaftig keinen Grund,

die Sozialdemokratie anders und höher zu bewerten, als sie im übrigen Deutschland bewertet wird. Um sie es doch, so muß ihnen vorgehalten werden, wie sehr sich die Lage anderer Bundesstaatlischer Regierungen, die pflichtgemäß den Kampf gegen die Sozialdemokratie führen, erheben und ein nationales Vergerniß bieten.

Wir haben bereits ausgeführt, daß die einzelstaatlichen Polizeiverordnungen keinerlei Order von preussischen Ministerpräsidenten annehmen brauchen. Die Behandlung von Straßendemonstrationen in Hessen ist „eine innere heftige Angelegenheit.“

Einige Scharfmacherblätter gehen jetzt daran, den Eindruck der Unterhaltung durch eine erfundene Schilderung von Ulrichs lautem Wefen bei derselben abzuwischen. Die Teilnehmer an dem Abend erklären diese Schilderung für — Schwindel.

## Anti-Bülow-Bewegung.

Der freisinnige Abgeordnete Günther schreibt in der „Leipziger Abendzeitung“:

„Ohne daß man sich damit zu beschäftigen braucht, die Aufrichtigkeit oder Unaufrichtigkeit der sogenannten Bülowischen Politik zu ergründen, kann man das eine mit Sicherheit sagen, daß der Reichskanzler durch die erwähnte Erklärung voll bewies, wie ihm die schweren Ketten preussisch-junkelicher Rücksichtlichkeit die politische Bewegungsfreiheit rauben. Dieser Tatsache gegenüber kann man sich die Anti-Bülow-Bewegung im Lande wohl erklären und sie auch für ganz berechtigt ansehen.“

Im Reichstag machten die Freisinnigen gestern beim Flottengesetz allerdings Philo-Bülow-Bewegung.

## Deutscher Reichstag.

89. Sitzung vom Mittwoch, den 20. Januar, Nachmittags 2 Uhr.

Am Bundesratsstische: v. Tirpitz, Frhr. v. Stengel. Auf der Tagesordnung steht die

### Zweite Lesung der Flottenvorlage.

Die Budgetkommission beantragt Annahme der Vorlage, deren Hauptinhalt die Herabsetzung der Lebensdauer der Vintenschiffe und Kreuzer von 25 auf 20 Jahre ist.

Abg. Graf Oriola (natl.) ist mit der Vorlage einverstanden, hätte aber lieber ein schnelleres Bauteil gewünscht. Wir wünschen sobald als möglich eine vollwertige Flotte zu haben. Nach wie vor halten wir die Tätigkeit des Flottenvereins für höchlich bedauerlich, aber die inneren Schwierigkeiten in derselben. Ein Haß der Schiffe Englands gleichzukommen, daran kann kein ernsthafter Politiker denken. Redner weist die Sozialpolitik des Reichsmarineamts und erklärt es für unpatriotisch, die Verwilligung von der Deckungsfrage abhängig zu machen. (Drapo! bei den Natl.)

Abg. Dr. Wiemer (Fr. Vpt.): Von der Notwendigkeit dieser Vorlage überzeugt, stimmen wir unter voller Wahrung unserer erprobten Prinzipien (Fr. Vpt. i. Fr. und bei den Soz.) ihr zu. Für jetzt wollen wir über die Vorlage nicht hinausgehen; für die Zukunft halten wir uns unter Wahrung unserer Grundsätze (Erneute fröhliche Will. i. Fr. und b. d. Soz.) freie Hand vor. (Lautes Lachen b. d. Soz.) Die einstimmige Annahme des Flottenvereins mißbilligen wir. An der Lösung der Deckungsfrage werden wir im Sinne unserer freisinnigen Grundsätze (Erneute Lachen i. Fr. und b. d. Soz.) nach bestem Wissen und Willen mitarbeiten. (Beif. b. d. Freil., Schallendes Gelächter b. d. Soz.)

Abg. Dr. Spahn (Ntr.) (auf der Tribüne schwer verständlich) scheint die Zustimmung seiner Fraktion zu der Vorlage auszusprechen, aber nur unter Voraussetzung vorheriger Lösung der Deckungsfrage. Redner wendet sich gegen die exaltierte Haltung des Flottenvereins und gegen die Erfüllung der „Frankfurter Zeitung“ mit Mitteilungen aus dem Reichsflottenamt.

Reichskanzler Frhr. v. Stengel befreit. Die Frankfurter Zeitung mit Mitteilungen geistig zu haben und besagt sich lebhaft darüber, daß alle Steuerpläne, die er auf einlauen Spaziergängen anstellt, am anderen Morgen gleich in der Zeitung stehen. (Stirn. Heiter.) Detaillierte Mitteilungen über die neuen Steuerpläne kann ich noch nicht machen; ich kann nur sagen, daß es sich um die Verstaatlichung eines Teiles des Zwischenshandels mit Branntwein handelt und ferner um die Einführung einer Bandenerbesteuer auf Tabak und Zigarren. (Unruhe links.)

## Kunst, Wissenschaft und Technik.

**Ein Riesenzug der Technik.** Ein Riesenzug, der die größte Brücke Deutschlands, geht seiner baulichen Vollendung entgegen. Es ist die im Bau begriffene Weichselbrücke bei Marienwerder, die voraussichtlich noch im Laufe dieses Jahres vollendet werden wird. Die Brücke setzt sich zusammen aus fünf Stromöffnungen von je 130 Meter Spannweite und aus fünf Halbspannungen (rechts drei, links zwei) von je 78 Meter Spannweite. Die 11 Pfeiler der Brücke sind in Granitquadern aufgeführt; ihre Fundierung wurde mittels pneumatischer Verankerung ausgeführt. Die Eisenkonstruktion der Stromöffnungen gelangt in Form von Halbspannen zur Durchföhrung. Die Ueberbrückung der Stromöffnungen erfolgt mittels Fachwerk-Trägerkonstruktion. Die in der Montage begünstigten Konstruktionsteile sind für zwei Stromöffnungen und für vier Halbspannungen bereits vollendet. Die Kosten des ganzen Bauwerks sind auf 10 Millionen Mark veranschlagt. Die Brücke wird nach ihrer Vollendung dem Verkehr der Hauptbahn und dem Wagenverkehr auf der Strecke Schmenau-Marienwerder dienen. Sie wird auf eine Entfernung von nahezu 100 Kilometer des Flußlaufes der Weichsel zwischen Graudenz und Deutsch die erste und einzige Uebergangsbrücke über die Weichsel sein. Auf dieser Strombrücke wird der Uebergangsverkehr durch Föhrenbetrieb bewirkt.

## Aus aller Welt.

**Vier Hinrichtungen hintereinander** werden dieser Tage durch die Guillotine in Bonn an einer kroatischen Raubmörderbande vollzogen worden. Ueber eine ähnliche Massenhinrichtung schreibt ein Mitarbeiter der Berliner „Volkswacht“: Am 22. Juni 1901 wurden in der Zeit von 6 bis 6½ Uhr Vormittags auf dem Hofe der Strafanstalt Graudenz durch den Scharfrichter Schwies aus Breslau die vier Strafgefangenen Neumann, Wittschod, Ruz und Sellinski enthauptet. Sie hatten in gemeinschaftlicher Ausführung am Pfingstmontag des Jahres 1900 als Sträflinge den Gefangenenaußseher Faust bei der Rückkehr vom Gottesdienst auf dem Hofe der Strafanstalt Graudenz ermordet. Ruz hatte sich dann die Uniform des Ermordeten angelegt und als angelegter Transporteur die militärischen Posten veranlaßt, ihm und seinen drei Mitläufern die Tore der Strafanstalt zu öffnen. Er führte dann die übrigen drei Sträflinge in geschlossenem Zuge unbefolgt durch die Straßen der Stadt Graudenz bis zum Getreidemarkt. Dort wurde durch einen wirklichen Aufseher, der sofort die Sachlage erkannte, die Befolgung der Täter, die zuvor die Telefonleitung der Strafanstalt durchschnitten hatten, ausgenommen. Zwei Täter wurden bei dieser Verfolgung wieder ergriffen.

während die beiden übrigen Verbrecher erst nach einigen Wochen ergriffen werden konnten.

**Schnee- und Sturm.** Infolge der Schneeschmelze führen die Flüsse in Thüringen und des Frankenswaldes Hochwasser. Der Main ist aber die Ufer getreten und hat starken Eisgang. Die Mainbrücke zwischen Bahnhof und Ort Michelau ist durch Eisschollen zerstört, so daß der Verkehr für Fuhrwerke und Fußgänger vollständig gesperrt ist.

Der Rhein und der Neckar sind seit gestern in fortwährendem Steigen begriffen. Der Rhein ist in letzter Nacht von 1,78 auf 2,73 m, der Neckar von 2,10 auf 3,42 m gestiegen. Auch vom Oberrhein wird anhaltendes Steigen des Wasserstandes gemeldet.

Infolge des stürmischen Wetters geriet das aus Wilhelmshafen kommende Linienschiff „Kaiser Wilhelm II“ im Nordostseeal auf Grund, konnte aber mit geringen Anstrengungen durch zwei Kanalschlepper wieder flott gemacht werden. Das Linienschiff ist anscheinend unbeschädigt und konnte seine Kieler Reise fortsetzen.

**Von der Feuerwehr aus dem Morast gezogen.** Die Feuerwehr in Berlin ist schon lange das Mädchen für alles. Bald müssen von ihr Mienen, bald Papageien eingefangen werden. Oft sind von ihr Schwaben, Tauben und Staben aus gefährlicher Lage befreit worden, Verbrecher von Dächern heruntergeholt um. Pferde aus dem Wasser gezogen worden. Ein noch nicht dagewesener Fall ereignete sich aber an der Ecke der Dantzig- und Wilsstraße, wo jetzt eine neue Straße angelegt wird. Dort war ein Mann in den Morast geraten. Alle Bemühungen, ihn herauszuholen, waren vergeblich; der Mann versank allmählich bis an die Ellbogen. Man alarmierte die Feuerwehr. Diese holte den Mann heraus und brachte ihn nach dem nächsten Polizeibureau. In dieser Ecke scheint es wie hinter der Siebenhufenstraße zu sein.

**Ein Grund zum Selbstmord.** In München wurde ein lebensmüdes älteres Fräulein aus den reißenden Wellen des Schwabinger Bades im Englischen Garten gerettet. Sie war, wie sie angab, ins Wasser gerungen, weil ihr Morast weger. Altersschwäche bei der Hundemastung zum Tode verurteilt worden war.

**Drei Schulknaben ertranken.** Aus Alteneffen wird gemeldet: Dienstag Nachmittag fiel ein Schulknabe in eine mit Wasser gefüllte Schwimmrinne einer Regelei und ertrank. Zwei vierjährige Schulknaben, die ihn retten wollten, ertranken ebenfalls. Die Leichen sind geborgen.

**Genickschüsse.** Im Infanterie-Regiment Nr. 103 in Danzig ist die Genickschüsse ausgebrochen. Ein Soldat der 7. Kompanie ist 24 Stunden nach seiner Einlieferung in das Krankenhaus gestorben.

den. Weitere an Genickschüsse erkrankte Mannschaften hofft man am Leben erhalten zu können. Auch in Köln wurden drei Erkrankungen an Genickschüsse festgestellt und zwar an zwei sechs- beziehungsweise achtjährigen Kindern und einem 24-jährigen Mädchen.

**Ein Frau bei einem Brande erstickt.** Ein folgenschweres Brandunglück hat sich in der Nacht zum Mittwoch im Osten Berlins angezogen. Im Dachgeschoss des dritten Obergeschosses Stralauerstraße 45 wohnt seit zwei Monaten der Straßenhändler Schmie mit seiner vierzigjährigen Ehefrau. Die beiden Leute lebten in den ärmlichsten Verhältnissen. Als der Mann in der Nacht um 1 Uhr nach Hause zurückkehrte und die Korridorflur öffnete, schlugen ihm Rauchwolken und Flammen entgegen. Er alarmierte die Feuerwehr, aber als die Sappeure in die verqualmte Wohnung einbrangen, fanden sie die Frau tot am Boden. Sie war erstickt. Das Feuer wurde nach kurzer Zeit abgedrückt.

**Mordverbrechen.** Aus dem Gerichtsbezirk zu Bremerhaven sind vergangene Nacht vier Untersuchungsgefangene entwichen. Mit einem eisenbeschlagenen Stuhlbein durchbrachen sie die Mauer und ließen sich an Weidbüchern, die sie in Streifen gerissen und aneinander geknotet hatten, auf die Straße hinab. Die Fluchtflucht sollen sich nach Hamburg gewandt haben, wohin ihnen bereits Kriminalbeamte gefolgt sind. Unter ihnen befindet sich ein bereits mit Justizhaus vorbestrafter Weichselstrolcher.

**Geräufelsturz.** Ueber ein Baumgitter wird aus Rabewitz bei Halle gemeldet: Infolge eines heftigen Sturmes stürzte Dienstag Nachmittag auf der Ammendorfer Papierfabrik ein Baumgitter zusammen. Vier Zimmerleute wurden unter den Trümmern begraben. Der Polier war sofort tot, ein anderer Zimmermann starb auf dem Wege nach dem Krankenhaus. Die beiden anderen wurden schwer verletzt.

**Ein Eifersüchtiger.** Der in den 20er Jahren stehende, von seiner Frau getrennt lebende Arbeiter Georg Engel in Hannover drang Mittwoch in die Wohnung seiner Frau ein und versuchte sie zu ermorden. Er brachte ihr lebensgefährliche Stiche in die Brust und Schläfe mit einem Küchenmesser bei. Nachdem er sich mit demselben Messer mehrere Stiche in den Hals bei. Die beiden Schwerverwundeten wurden in das Krankenhaus verbracht und am dem Aufkommen der Frau gerettet. Die beiden Gelehrten standen seit einiger Zeit im Ehestandesprozeß und Mittwoch sollte der erste Termin stattfinden.

**Briefkäse als Frauenverführer.** Seit längerer Zeit frage sich die Postverwaltung in Berlin, was aus den ledernen Säcken werden mochte, in denen sie die Briefpost nach dem Kongress zu expedieren pflegt. Diese Säcke waren jedesmal bald nach ihrer Ankunft auf rätselhafteste Weise beschlagnahmt. Jetzt hat man das Rätsel



Rebner bittet, auf die Steuerentwürfe doch erst zu stellen, wenn sie vorliegen. (Seit.) Jedenfalls werden bei neuen Steuern die notwendigen Lebensbedürfnisse der Bevölkerung gesichert werden.

Abg. Frhr. v. Richthofen (konf.) tritt für die Vorlage ein. Auslands-Beispiel geige während die Notwendigkeit einer starken Flotte. Der Flottenverein verdient Anerkennung; aber seinen allzu weitgehenden Forderungen können wir nicht zustimmen. (Beif. rechts.)

Abg. Nebel (Sozialdemokrat.)

Daß die Freisinnigen für die Vorlage stimmen wollten, mußten wir. Es entspricht ganz ihrer Haltung seit dem 25. Januar und dem 5. Februar vorigen Jahres. Die ganze Stellung der bürgerlichen Parteien gegenüber Rüstungsfragen ist eine völlig andere geworden; eine ernsthafte Opposition besteht in ihren Reihen gar nicht mehr dagegen. Die Nationalliberalen werden sich freuen, daß ihre freisinnigen Nachbarn sich jetzt zu ihrem Standpunkt bekehrt haben. Wenn übrigens Graf Oriola fürchtet, daß eine neue Flottenvorlage nicht so bald kommen wird, so ist diese seine Furcht vor einer Flottenkaufzeit gegenstandslos. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Es wird nicht lange währen und wir haben eine neue Flottenvorlage, die dritte seit 1900. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Der Flottenverein hat die Tendenz, in geradezu gewisstoniger Weise — ich erinnere an das Wort von dem schwimmenden Sargen — unsere Flottenverhältnisse als so unglücklich als nur möglich darzustellen, wobei er vor den schlimmsten Vorwürfen gegen das Reichsmarineamt nicht zurückbleibt. Die letzte Vorlage legt die Altersgrenze der Schiffe herab. Unser Deutschland hat keine Nation die Altersgrenze der Schiffe festgelegt, und die Lebensdauer der deutschen Schiffe ist die kürzeste. Graf Oriola hat ein schnelleres Bauteilpo verlangt. In charakteristischer Weise hat der Staatssekretär seine Vereinfachung erklärt, dafür einzutreten, falls es dem Grafen Oriola gelingt, eine Mehrheit für seine Forderung zu gewinnen. (Hört, hört! b. d. Soz.) Wir erfahren daraus, daß man an entscheidender Stelle den lebhaftesten Wunsch hegt, die Marine noch über die jetzige Vorlage hinaus bedeutend zu vergrößern. Man wünscht, ins Unendliche weiter zu bauen, ohne nach den Mitteln zu fragen. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Mit der altindischen Sitte, für neue Einnahmen zu sorgen, wenn man neue Ausgaben schafft, hat man bei dieser Vorlage bereits gehandelt. Man bewilligt, ohne nach der Bedingung zu fragen. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Wenn so die Stimmung im Reichstage ist, wie kann man sich da über die gegenwärtigen Forderungen des Flottenvereins wundern. Auf den inneren Wirtschaftskreislauf im Flottenverein, diese belanglose Papalle, gebe ich nicht ein. Auch ohne den Flottenverein hätten wir die Flottenvermehrung bekommen. Immerhin hat der Flottenverein ansehnlich gewirkt, und seit Beginn ihm beigetreten, war der Julauf zu ihm ein harter. Er gab sich doch dabei die Mühe, bei Gelegenheit einen kleinen Vortrag ins Kopenhagener zu bekommen. (Seit.) Herr Reim war, wie die gewöhnliche unerbittliche „Post“ schrieb, bei seinem Eintreten in den Flottenverein nur Oberst, und wurde erst nachher zum General ernannt. (Hört, hört! b. d. Soz.) Was in Sachen der Flottenvorlagen an Umfall, an Prinzipienverrat in den bürgerlichen Parteien geschehen ist, geht ins Schwarze. Die Nationalliberalen brauchen allerdings das Umfallen nicht zu lernen, denn sie haben es seit Gründung ihrer Partei geübt. (Lebhafte Heiterkeit b. d. Soz. Unruhe b. d. Nat.)

Die Agitation des Flottenvereins hat die völlige Willkür des Rüstungs-Königs gefunden, der die Wahlberechtigung in einer Weise verteidigt hat, daß der dritte Papaleton ihm gegenüber als der reine Waisentable baute. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Ich erinnere auch an das Wort des Kaisers zum Präsidenten des Flottenvereins, den Rüstungs-Calm: „Die Fahnen sind a famos ausgefallen.“ Das mache man also Kindern vor, daß der Flottenverein kein rechtlicher Verein ist. Die Vorredner haben bestritten, daß die Flottenvorlage sich gegen England lehrt. Ich gebe zu, daß die Gründe des Kaisers beim Englandbesuche einen außerordentlichen günstigen Eindruck gemacht hat. Aber zwei Tage später, als die jetzige Flottenvorlage in England bekannt wurde, sah die Stimmung in England anaenblich um. Der englische Friedenskapitel sprach erklärte, daß die neue deutsche Flottenvorlage das Signal für neue englische Rüstungen geben werde, da England seine Seebereich behaupten müsse. England wird niemals glauben, daß die deutschen Seerüstungen nicht gegen England geleht sind, da Frankreich uns auch zur See nicht geduldet ist, und andere Mächte gar nicht in Frage kommen. Der Moment kann kommen, wo England zu Tuschland ähnlich steht, wie Japan zu England im Jahre 1904, wo es sich zeigt, daß, wenn es nicht löslich ist, es zu spät ist. Diese Gefahr propagieren wir. (Lebhafte Zustimmung b. d. Soz. Unruhe rechts und b. d. Nat.) Die Anschauung ist in England weit verbreitet. (Hört, hört! b. d. Soz.) Dem Reichstage sind sämtliche Resolutionen eingelaufen, welche weit hinaus über die Vorlage hinausgehen für die Flotte verlangen. Von der Deutung ist in diesen Resolutionen nicht die Rede. Wir haben ja eben erst wieder vom Schatzsekretär gehört, daß wiederum die breiten Massen geistig gepöbelt werden und die Feindschaft frei ausbreiten sollen. Es ist geradezu eine Schamlosigkeit, für die Vernehmung der Flotte zu agitieren und sie einen Pfennig dafür aus eigener Tasche ausgeben zu wollen. Dieselben Massen, die nach einer

Flottenvermehrung schreien, schreien Intermordio über jede Erhöhung der Einkommensteuer. (Widerpruch b. d. Nat.) Einzelne Nationalliberale denken vielleicht anders. (Zuruf b. d. Nat.) Untere ganze Partei! Nun, kann beantragen Sie die Einführung der Reichseinkommensteuer? (Zuruf bei den Nat.) Reichsbeamtensteuer! Auch gut! Die Hauptfrage ist, daß der große Geldbeutel angefaßt wird. (Seitertell und Heilall bei den Soz. und den Nat.) Ich freue mich, daß wir in dieser Bestimmung einig sind. (Seitertell bei den Soz.) Aber bitte, halten Sie Wort. (Seitertell bei den Soz.) Dieser schmiede der deutsche Patriotismus immer beherlich nach Klassenegoismus. Ich will rich freuen, wenn es jetzt anders werden würde. (Lebhafte Beifall und Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.)

Reichstagssekretär v. Tirpitz bestreitet, daß die deutschen Schiffschiffe die kürzeste Lebensdauer haben und erklärt, daß er dem Grafen Oriola nur seine mißbillige, nicht seine politische Unterstützung für den Fall, daß eine Mehrheit im Reichstage für weitergehende Flottenvermehrung vorhanden sei, in Aussicht gestellt habe. Rebner bestritt, daß die neue Vorlage in England beunruhigend bewirkt habe. England ist nicht in der Lage, den Vorwurf zu beantworten, wie kann man sagen, daß die Existenz einer starken Flotte provokierend wirkt? Im Interesse unrer Vaterlandes, das doch auch Weibels Vaterland ist, sollte Herr Nebel nicht so mit dem Feuer spielen. (Praval beim Vord.)

Abg. Dr. Arendt (Sp.): Herr Nebel hat dem englischen Chauvinisten Waffen in die Hand gegeben. (Lachen bei den Soz.) Wenn der große Geldbeutel alles zahlen soll, dann wird er leer. (Lachen bei den Soz.) Nebel freut sich darüber, daß das Zentrum die ausfallgebende Stellung im Reichstag verloren habe und behauptet, daß die Mehrheit des Volkes hinter der großzügigen deutschen Flottenpolitik stehe. (Bravo rechts.)

Abg. Mommsen (Fr. Par.) warnt vor dem Chauvinismus, erklärt sich namens seiner Fraktion für abgelenkt, über die jetzige Vorlage hinausgehen, freut sich, daß Herr Wiener im Einklang mit Anschauungen, wie sie schon der verstorbenen Mütter vertreten hat, den Standpunkt vertritt, Marinefragen rein technisch zu betrachten, und weigert sich, sich schon jetzt für die Bedingung festzulegen. (Praval bei den Freis.)

Abg. Liebermann v. Sonnenberg (Wirtsch. Part.) äußert unter Zustimmung der Freisinnigen Zweifel an der freisinnigen Einseitigkeit, freut sich für die Flottenvorlage aus.

Die Vorlage wird gegen die Stimmen der Sozialdemokraten angenommen, worauf sich das Haus auf Donnerstag 1 Uhr vertagt. (Marinetal voll. In Sitzung.)

Schluß 6 Uhr.

Tessendorf als Ideal der preussischen Rechtspflege.

Das Gedächtnis des Oberstaatsanwaltes Tessendorf, der als streberischer Staatsanwalt in den Zeitungen für sich Reklame machte, um dann als Oberstaatsanwalt in Berlin gegen die Sozialdemokratie alle Brutalitäten des preussischen Polizeirechts spielen zu lassen, des Mannes, der die sozialdemokratische Partei-Organisation zerstörte und schon vor dem Sozialistengesetz die Sozialdemokraten als Leute minderen Rechtes behandelte — aber gerade dadurch die rasche Einigung der Lassalleaner und Eisenacher auf dem Gothaer Einigungskongress von 1875 zu einer einheitlichen sozialdemokratischen Arbeiterpartei herbeiführte — das Gedächtnis dieses Tessendorf führte heute im preussischen Dreiklassenparlament der Junker Brandenstein dem preussischen Justizminister als leuchtendes Ideal vor Augen.

Das war wieder einmal mitten im Etat der Rechtspflege eine echte und rechte Scharfmachereide, ganz nach dem Herzen des Junkerpräsidenten von Kröcher, dumal aber stark. Der erste Angriff des Herrn von Brandenstein galt der Presse. Bei den Skandalaffären sollen nach seinem Wunsche die Reporter der Presse, die er mitteilidig Reporter nannte, möglichst ausgeschlossen werden. Das übrige Publikum aber soll bleiben dürfen, angeblickt weil an den Leuten, Herren und Damen, die dank ihren Protektionen Zulassung zu diesen für die oberen Zehntausend so interessanten Prozessen erlangt haben, nichts mehr zu verderben ist. Vielleicht fragt Herr von Brandenstein einmal seinen Fraktionskollegen im Bülow-Brand- und im Wollke-Garden-Prozess nicht eine Sekunde veräumt hat. In Wahrheit soll natürlich nur der Plebs nichts von der Fäulnis der herrschenden Klasse erfahren, während deren Mitglieder zugelassen sein sollen, damit man doch im Kasino und im Klub „Wissende“ hat, die den armeneligen Unterhaltungsstoff bereichern können. Dann begeisterte sich der Brandenstein für den Zwang der Presse und drückte dem edlen Feigenblatt Noeren den Bruderfuß der Dunkelmänner auf. Nach diesen Vorbereitungen kam er zu seinem eigentlichen Haupttrumpfe, der Frage an den Justizminister, was die Staatsanwaltschaft gegen das „Exerzieren der Revolutionskataloge“ gegen die Wahlrechtsdemonstrationen des entrechteten preussischen Volkes unternommen habe. Und nun berief er sich auf Tessendorf, der bei solchen Anlässen sich sofort mit der Polizei in Verbindung setzte, ihr den Auftrag gab, Schuldige zu ermitteln, und den Strafmaßantrag schon fertig hatte, ehe er noch wußte, wen und weswegen er Anklage erheben könnte. Der Justizminister Bejeler neigte sich huldigend vor diesem großen Vorbild. Zwar wußte er nicht, daß ist seine Spezialität, aber er zweifelte nicht daran, daß die Staatsanwälte auch in diesem Falle sich gleichmäßig mit den Herren Kriminalkommissaren brüderlich zusammen getan hätten, besonders um die „Anstifter“ zu treffen, die zwar nicht auf der Straße lärmten, aber doch die Seele der Wahlrechtsbewegung seien. Das Bild des preussischen Polizeistaates wäre nicht vollständig, wenn nicht zu der brutalen Wahlrechtsverweigerung noch Strafen für die Wahlrechtskämpfer hinzukämen. An dem guten Willen der preussischen Justiz wird es jedenfalls nicht fehlen.

Eine Rechtspflege, die mit so hohen Aufgaben beschäftigt ist, kann sich natürlich mit solchen Kleinigkeiten wie der Verwahrung von Diäten an Schöffen und Geschworenen und der vernünftigen Behandlung jugendlicher Verbrecher nicht lange aufhalten, zumal auch heute der Rest des Interesses an der Debatte durch Rex-Heinze-Reben weggenommen wurde. Ein Antrag der Nationalliberalen, die Jugendlichen besser als bisher gegen die Gefahren des deutschen Strafrechts und Strafpolizes zu schützen, wurde in die Justizkommissionen vertragen. In den letzten 10 Jahren ist die Zahl der jugendlichen Verbrecher um nahezu ein Drittel gewachsen, eine Erscheinung, die natürlich auch die Aufmerksamkeit der beherrschenden Klassen erregt, wenn sie auch nicht gewillt ist, die Mittel anzuwenden, die diese traurige Erscheinung der heutigen

Kapitalistischen Gesellschaftsordnung beseitigen können. Maßregeln gegen die Ausbeutung der Jugendlichen und ihrer Eltern und bessere Erziehung und Bildung. So will man es denn mit den Palliativmitteln besonderer Jugendgerichts-höfe versuchen und mit diesen eine Reform der Zwangs-erziehungsanstalten verbinden. Wie beim preussischen Abgeordnetenhaus jede „Reform“ das Gegenteil eines Fortschritts bedeutet, so auch diese: die ganze Aktion läuft am letzten Ende auf den Gedanken heraus, den ein Rebner der freisinnigen Vereinigung, ein Berliner Richter, der Landgerichtsrat Peltastohn, tüchtig ausschätzte; bei den Jugendlichen zu den sonstigen Strafen die Peitschstrafe hinzuzufügen, nicht etwa als Strafmittel, nein, rein als Erziehungsmittel. Welcher Restand des preussischen Richtertums und des Modestimmns sich in diesem Schwärmen für das Durchprügeln von 12—21jährigen Kindern, bedarf keiner Erläuterung. Klassischer konnte das Dreiklassenparlament nicht beweisen, daß seine so zu sagen fortgeschrittenste Gruppe selbst noch so vormärzlich ist, wie das Dreiklassenwahlrecht, durch das es entfleht.

Partei-Angelegenheiten.

6000 neue Abonnenten haben eifrige Sammler unter der Wiener Arbeiterkassette am Sonntag ihrem Parteiorgan, der Österreichischen Arbeiterzeitung zugeführt. Allein im Bezirk Favoriten wurden 1360, in Ottakring 1130 neue Leser gewonnen. Diese Agitation zeigt wieder einmal, wieviel allerorten bei eifriger Beteiligung der Grossen für die Parteipresse noch herauszuholen ist. Im Vereinstalender finden rührige Dresdener Agitatoren eine Aufforderung, wo sie sich am nächsten Sonntag betätigen können.

Strakke der Presse. Genosse Strakke von „Vollblut“ in Bochum hatte am Sonnabend am Schöffengericht zu Bochum zwei Strafsachen wegen Verleumdung und an der dortigen Strafkammer ebenfalls einen Termin wegen Verleumdung anstehen. Eine Sache am Schöffengericht wurde vertagt, in der anderen erhielt der Angeklagte wegen Verleumdung einer freiwilligen Feuerwehr 150 Mark Geldstrafe. Bei dem Termin an der Strafkammer handelte es sich um eine Berufung gegen ein Urteil des Bochumer Schöffengerichts. Sie wurde verworfen und auf 40 Mark Geldstrafe erkannt.

Wegen Verleumdung eines „Gelben“, des Vorsitzenden des Nationalen Arbeitervereins in Braunschweig, wurde Genosse Otto Friedlich vom „Vollblut“ zu Braunshweig am dortigen Schöffengericht zu 150 Mt. Geldstrafe event. zwei Wochen Gefängnis verurteilt.

Die Erklärung der englischen Arbeiterpartei für den Sozialismus wird in „Labour Leader“ besprochen. Das Organ der unabhängigen Arbeiterpartei befrüchtigt nicht, wie dies Genosse Shackleton in Hull tat, daß dadurch die Partei gekürzt werden könnte. Für den Sozialismus habe sich schon der Trade-Nationskongress von 1894 ausgesprochen, ohne daß dies den Gewerkschaften Abbruch getan habe. Die Annahme der Resolution in Hull sei nur ein neuer Beweis für die wachsende Macht des Sozialismus in England; sie werde hoffentlich dazu beitragen, den Enthusiasmus der Genossen zu erhöhen.

Arbeiterbewegung.

Aussperrung im graphischen Berufe. Zweck Herbeiführung von Tarifvereinbarungen haben sich in München die Organisationen der Lithographen und Steindruckere, Buchbinder und Buchdruckereihilfsarbeiter zu einem graphischen Kartell vereinigt. Das Kartell legte den Unternehmern gemeinsam einen Tarifentwurf vor, und während der Schutzverband jede Tarifunterhandlung ablehnte, konnte das graphische Kartell mit 13 dem Schutzverbände nicht angehörenden Firmen einen Tarif abschließen. Das Personal von drei dem Schutzverbände angehörenden Firmen reichte vor 14 Tagen die Kündigung ein, der Schutzverband forderte hierauf das Kartell auf, die Kündigung zurückzunehmen. Da sich das Kartell daran nicht hielt, haben sämtliche dem Schutzverbände angehörenden Firmen ihren sämtlichen organisierten Arbeitern und Arbeiterinnen gekündigt. Der Schutzverband kündigt die Aussperrung von weiteren 14,000 Arbeitern in ganz Deutschland an, falls innerhalb 14 Tagen eine Verständigung nicht erzielt werden sollte.

Aus der Bewegung der städtischen Arbeiter. Die Gemeindevorwaltung in Altsachsenburg hat die Löhne der in städtischen Diensten stehenden Arbeiter um zehn Prozent aufgebessert. In Bremen haben die städtischen Körperchaften die Einführung des Sommerurlaubes beschlossen. Allen Arbeitern im Alter von mindestens 25 Jahren soll unter Fortzahlung des Lohnes ein Urlaub von drei bis sechs Tagen zugesichert werden. Eine Aufbesserung der Löhne und eine Neuregelung der Arbeitszeit forderten die städtischen Arbeiter in Kiel in einer besonderen Eingabe an Magistrat und Stadtverordnetenversammlung. In einzelnen wurde in dieser Eingabe verlangt, die Einführung der Achtstundenschiebt für die Dienstreiter und die Herabsetzung der Arbeitszeit auf neun Stunden für die übrigen Arbeiter, außerdem Festsetzung eines Mindestlohnes von 3.80 Mark für die vollleistungsfähigen Arbeiter und eine entsprechende Aufbesserung bei den Föhnen der Arbeiterinnen. Die Stadtverordnetenversammlung hat die Eingabe dem Magistrat zur Berücksichtigung überwiehen. In Offenbach erhalten alle städtischen Angestellten eine Teuerungszulage, den städtischen Arbeitern wurde als besondere Teuerungszulage der Betrag eines Wochenlohnes ausgezahlt. Auch in Regensburg wurde den städtischen Arbeitern und den Angestellten eine Teuerungszulage zugesichert. Diese Teuerungszulage beträgt 5 Prozent des Lohnes.

Die Differenzen in der Lancashire Baumwollindustrie sind, wie schon in gemeldet, behoben; die Organisation der Arbeiter hat die Vorkläre der Unternehmer angenommen. Damit unterbleibt ein Kampf, der jedenfalls zu einem der erdrücktesten wirtschaftlichen Kämpfe geworden wäre, denn es standen sich hier die zwei mächtigsten Organisationen des Landes gegenüber. Bei der geplanten Ausweitung wären 37 1/2 Millionen Spindeln stillgelegt worden und 150,000 Arbeiter außer Arbeit gekommen. In der Baumwollindustrie von Lancashire hat die allgemeine wirtschaftliche Krise ziemlich hart eingeleitet; schon seit Wochen lassen die meisten Werke mit verkürzter Arbeitszeit arbeiten und es laufen nur wenige Bestellungen ein. Darum haben wohl auch die Arbeiter sich gefügt. Die Entschädigung dürfte aber nur ausfallen sein, da es im Interesse der Baumwollspinner liegt, die armeren Arbeiterlöhne in den Ring-Spinnereien auf die Höhe der Mule-Spinnereien zu bringen. Der Friede dürfte also kaum ein dauernder sein.

Der Kampf in der Kölner Wagenindustrie. Das Rheinische Karosierwerk (Baplar u. Sohn) in Köln hat vor dem Kölner Gewerbeamt mit den in Betracht kommenden Gewerkschaften einen Einigungsvertrag geschlossen, wonach die Firma auf die Arbeitszeitverlängerung verzichtet und den Lohn in der bisherigen Höhe bestehen läßt. Der Kampf hat also mit dem vollen Siege geendet. Der Streit bezug. die Aussperrung bei der Wagenfabrik Wenzel in Köln und Hildesheim dauert fort.

Unternehmer-Schutz. Die Hamburg-Amerika-Linie will wegen ungenügender Arbeitslosigkeit gegen hundert ihrer „Kontraktarbeiter“ entlassen, wenn sie sich nicht mit der Einigung von Reichsrichtern einverstanden erklären.

Widmung gefunden. Die Regier, die im Konzepte von der Postverwaltung als Briefträger beschäftigt werden, haben die Sacke gestohlen um sie ihren Frauen und Bräuten zu schenken. Die Weiber schnitten den Sackboden weg, zogen sich die Sacke über den Kopf, befestigten sie an den Hüften mit Hilfe des Schloßhakens, trug manchen sich daraus einen Hof in „mohrerer Form“. Und deshalb steht, wenn jetzt im Konzepte so viele Regierungen, deren Räder herum die markwürdige Aufschrift: „Büro-Zentrum“ tragen.

500,000 Mark für einen Deckhengel. Der englische Reichshändler Capone wurde von Mr. W. Day für den hohen Preis von 500,000 Mark nach Arcantien verkauft. Der jetzt 13 jährige Deckhengel stammt von Pona Bika a. d. Arcadia und war ein hervorragendes Kampferd. In der Nacht leitete Capone Bedeutendes: als ich in seinem weiten Fahrweg brachte er den Derbyhänger Cicero. In Deutschland behauptete Frhr. v. Oppenheim in Atria und Herr Weinberg in Porenais Produkte von ihm. Nach der früher dem Weinbergischen Klasse angehörende jetzige Landbesitzer Metellus stammt von Capone.

Kleine Chronik. In der Stadt Seringen wurden infolge eines Rechtsstreits drei Arbeiter verhaftet. Dem Bergmann Franz wurde der Kopf vollständig gestrichelt. Bergmann Schade wurde schwer, ein dritter leicht verletzt. — Der 33 jährige Dachdecker Ab. Adamann, der seit längerer Zeit mit einer Frauenperson in Solbrig zusammenwohnt, erlosch sein 5 jähriges Töchterchen am 21. Mai darüber, daß man seine ansehnliche Frau wegen Unkeuschheit in eine Irrenanstalt untergebracht hatte. Nach vollbrachter Tat erlosch er sich dann selbst durch zwei Schüsse in die Schläfe. — Ein aus dem Zuchthaus aus Entmannsdorf entlassener Strafgefangener wurde in einem Sealfelder Restaurant von einem Polizeibeamten verhaftet. Auf der Straße konnte der Gefangene mehrere Revolverkugeln auf den Polizeibeamten ab und bedachte ihn lebensgefährlich am Kopf. Außerdem verletzte er einen ihm verfolgenden Mann durch einen Schuß in die Hand. Es gelang, den Gefangenen zu ergreifen und in das Gefängnis zu bringen. — Auf dem Rittergut Bielkau bei Tomashow lebten mehrere wuchernde, kranke Menschen. Nach dem Tod des Schloßherrn, 10 Jahren der Gattin, dessen Frau und deren 23 jährigen Sohn, restlos das Schloß aus und entlassen. In der ganzen Gegend herrscht Empörung über das unkeusche Verhalten. Die Bevölkerung leidet sich vor Angst in förmlicher Angst.



**Streik der Gasarbeiter in Halle a. S.** Die Gasarbeiter der städtischen Gaswerke legten am 29. Januar die Arbeit nieder. Die Ursache bildet die fortwährende Vergrößerung in der Verbesserung ihrer Lohn- und Arbeitsverhältnisse, sowie der ihnen auf ihre Eingaben gewordenen Antworten und Behandlungen. In all' der Zeit ihrer Lage sind den Arbeitern nur Verdrüssungen und Beschimpfungen zu teil geworden. Stadtorbitorner Giese entließ die Arbeiter, die diese Arbeiter, die stets vor glühenden Öfen arbeiten müssen, in öffentlichen Stadtvorordneten-Sitzung als Faulenzer zu bezeichnen, der Gasmeister Laubner führte dieser Kränkung noch die tödliche Verleumdung eines Arbeiters hinzu. Die seitens des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter angebotenen Verhandlungen verliefen resultatlos. Die Verbandsvertreter wurden einfach abgewiesen. Eine nur aus Gasarbeitern bestehenden Kommission wurden Aufschreibungen jedoch auch nicht gemacht, trotzdem der finanzielle Effekt der beantragten aber verweigerten Verbesserungen nur 22,000 Mk. ausmacht und die Gasanstalt im letzten Jahre 508,894 Mk. das sind 43 Prozent der Einnahme, als Ueberfluß erzielte. Die Arbeitsniederlegung erfolgte mit seltener Einmütigkeit Ueber 100 Mann sind beteiligt. Seitens des Magistrats versucht man Arbeiter anderer städtischer Betriebe zu kommandieren, vielfach erklärten sie sich solidarisch. Heute prangt die Stadt in halber Verleumdung. Zugang ist ferngehalten.

**Achtung, Formel!** Ein Streik der Formier ist auf den Norddeutschen Eisen- und Stahlwerken in Ober-Schönweide ausgedehnt. Die Direktion verweigerte entgegen den bestehenden Abmachungen Lohnablässe vorzunehmen. Vor Zugang sei gewarnt. Die Unternehmer der Fahrradindustrie in Köln verhalten sich augenblicklich, auf jede Art und Weise den Arbeiter-Verflechtungen aufzuweichen. Allen Ansinnen nach kommt es in verschiedenen Betrieben zum offenen Kampfe und suchen wir unsere Kollegen allerorts, die Fahrradfabriken von Köln und Umgegend streng zu meiden.

Die Ortsverwaltung des Deutschen Metallarbeiterverbandes. Bei den Lindenthaler Metallwerken (Alteight-Fahradwerke) in Köln sind Differenzen ausgebrochen. Die Firma will die Erneuerung des abgelaufenen Tarifs in die alte Situation verschieben. Die Verhandlungen sind gescheitert. Zugang ist ferngehalten.

**Ein Kongress der Postbeamten** tagte am vergangenen Sonntag in Wien. Hierin war ein Delegierten aus allen Kronländern erschienen. Nach dem Darlestage der Jesuitenorden fanden sich die im Fortbildungsbereich der Mädchen und Frauen in Wien. Die Kongress forderte bezüglich der Bezahlung die Gleichstellung mit den männlichen Angestellten, die Regelung der Dienst- und Pensionsverhältnisse, ferner auch die Aufhebung des Preisdienstboten, die Gewährung eines wöchentlichen Ruhebetages uim. Angeregt wurde die Gründung einer Organisation mit den männlichen Beamten zurammen.

### Breslauer Nachrichten.

Breslau, den 30. Januar.

#### Geschichtskalender.

31. Januar.

- 1741 Schriftsteller Theodor v. Hippel in Döpreußen \*
- 1797 Komponist Franz Schubert in Wien \*
- 1866 Dichter Friedrich Rückert bei Koburg \*
- 1891 Maler Ernest Meissonier in Paris \*

#### Zwei Volksversammlungen

mit Genossin Klara Zetkin als Referentin werden im Inseratenteil der heutigen Nummer für Sonntag Abend 6 1/2 Uhr ins Gewerkschaftshaus, für Dienstag, Abends 8 Uhr, im Kronprinzen einberufen. Es wird keiner großen Rede bedürfen, um diese Versammlungen zu wichtigen Kundgebungen zu gestalten. Genossin Zetkin steht von früheren Versuchen in Breslau noch in bester Erinnerung.

#### Kursus für Parteigeschichte.

Freitag, den 31. Januar, Vorleser Vortrag von Dr. Max Maurerbrecher:

#### Einigung und Sozialistengesetz.

Einzeltarte 20 Pfg.

**\* Wozu die Sozialdemokratie alles herhalten muß.** In der Sozialdemokratie und der Angst des Spießbürgers vor diesem Gelpensit sehen heute schon Duzende von bürgerlichen Vereinen das Feuer, an dem sie ihr Sippchen wärmen können: der Reichsverband mit all seinen Ablegern, die Kriegervereine, die evangelischen Jünglings- und katholischen Gesellenvereine, alle, alle rufen ihre Schafe mit dem Schreckensruf: „Die Sozialdemokraten kommen“. Jetzt hat sich zu den Reichstagen auch der Nationalliberale Wahlverein für Breslau gestellt, der einen Aufruf an unschuldige Breslauer Bürger verspricht und keinen besseren Lockruf finden kann als folgenden:

Gegenüber der Unterwerfung unserer staatlichen und gesellschaftlichen Ordnung durch Sozialdemokratie, Polentum und sonstige Vaterlandsfeinde (Gentinn, merst Du was?) rufen wir diejenigen Bürger, die mit uns gleich denken oder uns politisch nahesteher, auf sich unserem Vereine anzuschließen.

Die nationalliberale Partei kämpft in erster Linie gegen die bestale Macht (1) der sozialdemokratischen Führer, um die nationaldenkenden Arbeiter gegen den Terrorismus der Sozialdemokratie zu schützen und um für die gerechten Wünsche der arbeitenden Klassen, namentlich für ihr Koalitionsrecht, einzutreten. Damit verbindet sich aber auch als eine Pflicht der Gerechtigkeit die weitere Aufgabe: die Arbeitgeber vor solchem Terrorismus zu sichern (die habens nötig!), indem wir namentlich ihre Bestrebungen auf einen festen Zusammenstoß warm unterstützen. Für ein gedeihliches Erwerbaleben ist ein solcher Zusammenstoß ungewisslich nötig, denn nur die Macht der Gesamtheit der Arbeitgeber kann dem maßlos verheerenden Treiben der Sozialdemokratie mit Erfolg entgegenreten.

Es ist immer wieder der alte schreckliche Dämon, der an die Wand gemalt wird — nicht einen neuen Satz wissen die Professoren und Räte von der Fraktion Drehscheibe über die Sozialdemokratie zu erfinden. Ein Verein schreibt vom anderen ab. Wie wäre es, wenn die Nationalliberalen lieber etwas von ihrer Stellung zum preussischen Wahlrecht aus den Ansichten ihrer Väter über diese Frage verrieten und damit nach neuen „Kämpfern“ haufierten? Von der liberalen Hälfte in ihrem Namen bleibt sonst rein garnichts übrig.

**\* Die Lage der Handlungsgehilfen.** Die kaufmännischen Angestellten gehören vielfach noch zu den Kreisen, die sich von den bürgerlichen Parteien als Stimmvieh und bei Lohnkämpfen von den Unternehmern als Streikbrecher gebrauchen lassen. Nach ihrer wirtschaftlichen Lage aber haben

die Handlungsgehilfen alle Ursache, sich der modernen Arbeiterbewegung anzuschließen, um sich politische Rechte und bessere Arbeitsverhältnisse zu erkämpfen, wenn sie befinden sich in ihrer großen Mehrheit in derselben Situation wie die gewerblichen Arbeiter. Das „Hamburger Fremdenblatt“ bringt unterm 8. Januar von sachkundiger Seite einen Artikel: „Die Ausichten des kaufmännischen Berufs“, in dem es heißt:

„Der Gehilfe der Kolonialwarenbranche ist von allen Handlungsgehilfen wohl der am schlechtesten bezahlt. Nach demweg dreijähriger Arbeit verdient er seine Existenz als Gehilfe mit einem Monatsgehalt von 25 bis 30 Mk. nebst freier Station. Dabei ist die freie Station in recht vielen Fällen mandcherei zu wünschen übrig, besonders in Bezug auf die Wohnung. Es ist nicht selten, daß die „Wohnung“ aus einem Bett, einer Waschküchleinheit und der Ecke eines Schrankes besteht. Gehilfen, die ein wohnliches, wenn auch beschlehenes, behagliches Zimmer ihr eigen nennen, das sie nicht mit einem oder mehreren Kollegen zu teilen brauchen, gehören zu den Ausnahmen. ... Auch der Kolonialwarenhändler von 22 bis 25 Jahren erhält neben der üblichen freien Station selten mehr als 50 oder 60 Mk. Monatsgehalt. Es bleibt ihm, wenn er älter wird und mehr verdienen will, nichts übrig, als zu versuchen, eine Illale zu übernehmen oder — selbständig zu werden. Allerdings muß er dann häufig die Wahrnehmung machen, daß es leichter ist, selbständig zu werden, als es zu bleiben. ... Einmal muß bei einer Betrachtung über die Ausichten des kaufmännischen Berufs noch beachtet werden: der kaufmännische Beruf bietet keine sicheren Ausichten. Der junge Mann, der Kaufmann wird, weiß nicht, ob er nach zwanzig Jahren 1200, 2000, 3000, 5000 Mk. oder gar nichts verdienen wird. Die Stellenlosigkeit, das schlimmste Uebel im Stande der Handlungsgehilfen, sucht sich seine Opfer nicht nur im Vohenlatz des Standes, auch tüchtige Gehilfen können ihm unheimfallen, besonders in vorgeschrittenem Alter. Der Gehilfe, der im Alter von 45, 50 und mehr Jahren das Unglück hat, seinen Posten zu verlieren, findet nicht leicht wieder Stellung. Dunkel steht es auch noch um die Zukunft des Handlungsgehilfen im höheren Alter aus, wenn die Kräfte allmählich nachlassen.“

Wenn selbst ein bürgerliches Blatt ein so trübes Bild entwirft, so sollte man meinen, daß es den Handlungsgehilfen nicht schwer fallen dürfte, ihre Klassenlage zu erkennen und einzusehen, daß sie mit der Arbeiterchaft und nicht gegen sie marschieren müssen.

**\* Gegen Straßentumultianten** empfiehlt ein Einsender aus dem Beseitigung der „Schlesischen Zeitung“ folgendes Mittel:

Weshalb geht die Polizei gegen die Rabanlustigen auf der Straße nicht mit der Spritze vor? Ein kalter Wasserstrahl wirkt besser, wie hundert Schläge mit der flachen Klinge. Kann nicht ein Hinweis auf dies Mittel an die Polizeivorgesetzten erfolgen?

Der Mann meint anscheinend die Brüder, welche am Kaisergeburtstags-Zapfenstreich in der Schweidnitzerstraße ihren Fokus verübten. Auch wir sind der Meinung, daß ihr Patriotismus mit ein paar Wasserstrahlen genügend abgekühlt werden kann.

Das Scharfmacher-Organ scheint jedoch seinen Abonnenten schlecht verstanden zu haben, denn es bemerkt zu dem annehmbaren Vorschlag:

Das Mittel ist alt und hat schon manchmal gute Dienste getan. Bei der großen Zahl von Tumultianten aber, die die Sozialdemokratie auf der Straße randalieren läßt, sind doch stärkere Mittel notwendig. — Die Reb.

Wir sind wieder mehr geneigt, die härteren Mittel denjenigen zu wünschen, die so unverständlich waren, den Sieg wider höchst ungeeigneter Volksvertreter bei den letzten Reichstagswahlen durch Hurragebrüll und Singen auf den Straßen zu „befeiern“. Der Geschmach ist eben verschieden.

**\* Ein Regierungskanz aus Dr. Surabzes** sozialistischer Residenz beschäftigte wieder einmal das Breslauer Schöffengericht. Am 27. Oktober v. J. hielt die Sektion Pumpstation des Gemeindegewerksverbandes im Lokale des Herrn Knabe in Dowitz ein Vergnügen ab. Der Kassierer des Verbandes, Adolf M o h a u p t, hatte daselbe beim Amtsvorleser Surabze der Vergnügungssteuer halber angemeldet, hierüber aber zunächst keine Bescheinigung erhalten. Erst am genannten Tage selbst lief im Bureau des Verbandes ein Schreiben ein, durch das Herr Surabze die Abhaltung des Vergnügens untersagte. Am Sonntag ist das Verbandsbureau aber geschlossen und Mohaupt bekam den Brief deshalb erst am folgenden Morgen in die Hände, nachdem das Vergnügen bereits stattgefunden hatte. Der Herr Amtsvorleser Dr. Surabze bedachte ihn dann wegen Abhaltung einer nicht erlaubten Tanzlustbarkeit mit einem Strafbefehl über sechs Mark, gegen den er Einspruch erhob. Im Termine machte er geltend, daß es sich um eine geschlossene Gesellschaft gehandelt habe. Der Amtsvorleser habe ihm deshalb weder etwas zu erlauben noch zu verbieten gehabt. Als Zeuge wurde der Ortsgendarm vernommen, der insbesondere auch darüber Auskunft geben sollte, ob fremde Gäste an dem Vergnügen teilgenommen hätten. Er klagte, daß sich derartige gar nicht feststellen ließe. Die Leute, die bei Herrn Knabe Vergnügen veranstalteten, weigerten sich stets, ihm auf irgendwelche Fragen Auskunft zu erteilen. Sie sagten ihm nur, wenn er etwas wissen wolle, möge er nur zum Amtsvorleser gehen, der ihm schon Auskunft geben werde. Die Verhandlung endete mit der Freisprechung des Angeklagten, die sowohl der Amtsanwalt als auch der Verteidiger, Rechtsanwalt P o n d m a n n, beantragt hatten. Die Dowitziger Regierungskanz hat also wieder einmal versagt.

**\* Der Arbeiter-Kalender für 1908** ist vollständig vergriffen, kann daher nicht mehr geliefert werden. „In Freien Stunden“ Nr. 2 wird neu gedruckt und nachgeliefert. Wir bitten die verehrlichen Leser daher um Entschuldigun.

**Die Expedition.**

**\* Die Politik in der Schule.** Einen eigenartigen Bericht von den Aufnahmen eines Lehrers scheint der Lehrer Wolke in der katholischen Volksschule Langengasse 36 zu haben. Auf die Frage: „Wer sind die unzufriedenen Menschen?“ mühen die Kinder laut und deutlich antworten: „Die Sozialdemokraten!“ — Wir wüßten eigentlich für einen Volksschullehrer notwenigere und nützlichere Aufgaben, mit denen er die ihm anvertrauten Kinder zu unterrichten hätte.

**\* Vom Provinzialauschuss.** Freitag Nachmittag findet im Landeshaus eine Sitzung des durch Vertreter der Arbeiter- und Arbeiter verdrückten Provinzialauschusses in seiner Eigenschaft als Vorstand der schlesischen landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft statt. Zur Vertretung stehen die Unfallversicherungsgesellschaften für Fortwirtschast und forstwirtschaftliche Nebenbetriebe, die der für den 10. Fe-

buar d. J. einberufenen Genossenschaftsversammlung zur Beschlußfassung unterbreitet werden sollen.

**\* Im Bureau der Metallarbeiter** sind für die beiden letzten Vortragsabende des Genossen Dr. Maurerbrecher noch einige Eintrittskarten unentgeltlich zu haben. Mitglieder wollen sich vorzeitig zur Empfangnahme einfinden.

**\* Achtung, Maschinen und Geizer.** Sonntag, den 2. Februar, findet eine außerordentliche Generalversammlung im Gewerkschaftshaus, Nachmittags 2 Uhr, Zimmer Nr. 2, statt. In folge der wichtigsten Tagesordnung müssen alle Kollegen erscheinen. Mitgliederbuch kontrolliert. Die Ortsverwaltung.

**\* Preussische Klassenlotterie.** Nach § 5 des Lotteriegengesetzes sind die Lose 2. Klasse 218. Lotterie bis 3. Februar eingulffen, doch ist, um schnelle Abfertigung zu ermöglichen, die vorherige Post-Einnahme sehr ratsam. In der am 7. und 8. Februar stattfindenden Ziehung werden außer dem Hauptgewinn von 100,000 Mk., Gewinne zu 50,000, 30,000, 15,000, 10,000, 5000, 3000, 1000 und solche zu 500 bis 96 Mk. gezogen.

**\* Gesuche um Zurückstellung oder Befreiung vom Militärdienst (Reklamationen)** nach Absatz des § 32 der Wehroordnung müssen vor Beginn des Musterungsgeschäfts der zuständigen Ersatzkommission eingereicht werden, damit solche am Bestimmungstage des Militärdienstpflichtigen der verdrückten Ersatzkommission nach § 33 und § 64, 5 der Wehroordnung zur Prüfung vorgelegt werden können. Später eingehende Gesuche können, wie der Rivolvorstand der Ersatzkommission I des Stadtkreises Breslau bekannt macht, nur dann berücksichtigt werden, wenn die Reklamationsgründe erst nach der Musterung entstanden sind.

**\* Gesellschaft für soziale Reform.** Der für Montag, den 3. Februar, angelegte Vortrag von Prof. v. W e n d l e r über: „Theoretische Fragen der Arbeiterbewegung“ muß wegen Erkrankung des Vortragenden verschoben werden.

**\* Von der Ober.** Seit einigen Tagen trifft die Oberstrom-Verwaltung verschiedene Schuymacher gegen den bei dem andauernden Tauwetter in nächster Zeit in Aussicht stehenden Eisgang. Vor den Brücken innerhalb der Stadt wurden diese Ketten in das Eis geschlagen und dadurch die Fläche in große quadratische Schollen zerlegt, die beim Eisgange leicht auseinander gedrückt werden. In die Eisdicke, die sich vom Zoologischen Garten an bis Wilhelmshafen ausbreitet, wurden zwei parallele Ketten geschlagen und dadurch in der Mitte des Stromes ein breiter Streifen von der übrigen Eisfläche abgetrennt. Seit der Eisgang ein, so wird das zwischen den Ketten liegende Eis bald weiter getrieben. Viele Arbeiterkräfte sind auch im Oberstrom an zwei Stellen Strauchweh und Bahndale mit der Bekleidung des Eises beschäftigt. Hier liegen gewaltige Eismassen fast in Uferhöhe übereinander geschichtet. Um dem Eisgange freie Bahn zu bereiten, werden die Eislagen zertrümmert, jedoch ist leichter abzuweichen können. Wenn es bei eintretendem Eisgange nötig sein sollte, wird, wie in früheren Jahren, das Eis auf dem Oberstrom gesprengt werden. Der Uebergang vom Zoologischen Garten nach dem Weidenbamm ist jetzt gesperrt. Ein umgelegtes Raffenhäuschen am Zugange zum Eiswege über die Oberlicht waghafte Narren von dem Ueberstreifen des Eises abzuholen. Die Oberstrom hat, wie wir schon berichteten, seit einigen Tagen ein vorzeitiges Ende gefunden.

**\* Feuer im Asyl für Obdachlose.** Gestern Abend brach in der Wohnung des Asylaufsehers Schröder ein umfangreicher Brand aus, der sich über Küche und Kammer der im zweiten Stock belegenen Wohnung erstreckte. Das Feuer durchbrach die Decke und zerstörte auch eine nach dem dritten Stockwerk führende Treppe. In der erwähnten Kammer war gerade die kurz vorher gewaschene Wäsche der Familie von 6 Wochen aufgehängt, die fast vollständig vernichtet wurde. Abgesehen von der Beschädigung des Gebäudes belästigt sich der Schaden an Wäsche, Schuhen und Mobiliar auf etwa 800 bis 900 Mark. Ueber die Ursachen des Brandes konnte näheres nicht ermittelt werden, wahrscheinlich aber ist es, daß Selbstentzündung infolge der durch den Schornstein entwickelten Hitze vorliegt. Zum Glück wurde das Feuer kurze Zeit nach seinem Ausbruch gemerkt, andernfalls wäre der ganze Dachstuhl ein Raub der Flammen geworden. So aber gelang es der Feuerwehr, nach längerer Arbeit des Brandes Herr zu werden.

**\* Ermittelte Fleischdiebstahl.** Am Montag gelang es, diejenige Person zu ermitteln, welche in der vergangenen Woche den Buttelischen Eheleuten in Hartleb einen Schinken und eine halbe Speckseite gestohlen hatte. Bei einer Frau K o r n e t t i fiel der diebstahlige Schinken auf und auf Anzeige beim Ortsgendarmen nahm derselbe eine Durchsuchung der Wohnung vor. Ueber einem Saft verstreut fand sich denn auch noch die Hälfte des gestohlenen Gutes vor. Die Frau steht ihrer Bestrafung entgegen.

**\* Ueberraschung.** Am Mittwoch Abend, nach 10 Uhr, war die Hubenstraße der Schauplatz einer schmerzlichen Blutiat. Zwei dort wohnende Arbeiter lebten seit längerer Zeit in Unfrieden. Gestern Abend, als sich einer von beiden, der Schuhmacher Frenzel, in einer Restauration befand, laurte ihm der andere, ein Eisenbahnarbeiter, drauhen auf, um Rache an ihm zu nehmen. Kaum hatte der Schuhmacher die Restauration verlassen und die Straße betreten, als er von seinem Feinde mehrere Male mit dem Messer gestochen wurde. Ein hinzu gerufener Arzt soll außer den Messerschnitten noch eine Schußwunde konstatiert haben, jedoch ist von einem Schusse nichts gehört worden. Der Verwundete wurde mittelst herbeigerufenen Krankenwagens nach dem Merheilgen-Hospital geschafft. Der Läter benutzte eine ihm entgegenkommende Elektrische und beschwand.

**\* Kurzschluss.** In einem Hause auf der Dittoriastraße befindet sich ein elektrischer Personenlift nebst Maschinenraum. Hier entstand nun am 26. d. Mts., Abends, ein Kurzschluss, durch den ein Schaden von mehreren hundert Mark verursacht wurde. Feuer ist auch ausbrochen, auch wurden Personen nicht verletzt.

**\* Vermißt wird** seit dem 27. d. Mts. das 15 Jahre alte Mädchen Elie Scholz, Vincenzstraße 25.

**\* Freier Vortrag.** Am 26. d. Mts., Nachmittags, kam ein Herr, der Berliner Dialekt sprach, in ein Verkaufsgeschäft auf der Gartenstraße und suchte sich Waren im Werte von 5-25 Mark aus. Als diese eingewandt waren, nahm er das Paket unter der Arm und flüchtete. Der Betrüger war mit schwarzem Ueberzieher und schwarzem Hut bekleidet.

**\* Diebstahl.** Einem Hausdiener wurde in einem Restorant auf der Kreuzstraße ein dunkelgrauer Winterüberzieher mit schwarzem Samtkragen gestohlen.

### Aus Schlesien und Polen.

**An die sozialdemokratischen Vertrauensleute** des Agitationsbezirks Breslau (Mittelschlesien).

Nachdem im Januar die Vertrauensleute der Vorsitzenden der Ortsvereine oder der Vertrauenspersonen stattgefunden haben, erlaßt Unterzeichneter bringend, unverzüglich ihm die Namen und Adressen der Vertrauensleute mitzutheilen, um sie in das neu herauszugebende Abrechnungsverzeichnis noch rechtzeitig aufzunehmen zu können. Bisher habe ich erst von drei Orten eine solche Mitteilung erhalten. Ich bitte die übrigen, mir bis zum 1. Februar ebenfalls die entsprechenden Mitteilungen zu machen.

J. A.: G. Scholtz, Neue Gaudenzstraße 5.



Generalstreik-Schwindel!

Ein oberflächliches Abschätzen, der „Jahres Anzeiger“, hat eine Generalstreik-Kampfkampagne in die Welt gesetzt, und nicht nur bei anderen oberflächlichen, sondern selbst bei ernsthafter zu nehmenden Breslauer Blättern willige Abnehmer für den Blödsinn gefunden. Darnach sollen die sozialdemokratischen und die freigewerkschaftlichen Agitatoren Vorbereitungen zu einem Generalstreik der oberflächlichen Bergarbeiter treffen. Der Schmal, der sich diesen Blödsinn aus den Köpfen gelogen hat, erklärt jedoch beruhigend, daß nach den ihm gemachten Versicherungen die Kosten mit ihren Bestrebungen wenig Glück haben dürften, denn die in den katholischen Arbeitervereinen organisierten Bergarbeiter hätten nicht daran, sich an einem Generalstreik zu beteiligen. Welch ein Glück! Vielleicht geht der ganze Schwindel von einem selbstverherrlichenden oberflächlichen Reporter aus, vielleicht handelt es sich wieder, wie so oft, um eine gegen die verhasste Sozialdemokratie gerichtete verleumdende Wache der christlich-katholischen „Arbeiterführer“. Jedenfalls denkt kein Mensch im Breslauer Bergarbeiter-Verbande — und aus dieser könnte bei den Sozialdemokraten doch in Betracht kommen — an die Vorbereitung eines Bergarbeiter-„General“-Streiks in Oberschlesien, da für einen solchen schon die allerwichtigste Voraussetzung, die Organisation der Bergarbeiter, fehlt. Was übrigens die in den katholischen Arbeitervereinen organisierten Bergarbeiter über einen solchen Generalstreik denken, ist jedenfalls ohne Bedeutung, denn die Zahl der dort „organisierten“ Bergarbeiter ist so gering, daß die „Führer“ gar keine Veranlassung haben, sich über ihre Organisation als ausschlaggebend für solche Dinge darzustellen.

Oblau, 30. Januar. Die Unternehmerliche Versprechen einlösen. In der Lithophorfabrik von Schöbe u. Brunquell sind circa 30 Arbeiter ausgesperrt. Veranlassung soll, wie Herr Rejewski, der zugehörige Betriebsleiter, meint, die Heizer im Betriebe gegeben haben. In Wirklichkeit liegen die Dinge doch anders. Am Sonnabend wurde zwei Organisierten, darunter einem Familienvater von sechs Kindern gekündigt. Als nun einige Arbeiter den Betriebsleiter Rejewski fragten, warum die beiden entlassen worden, meinte der schneidige Herr: „Seid Ihr etwa auch im Verbande? Da steigt Ihr auch hinaus!“ und wie gesagt so getan. Weitere fünf Mann wurden sofort entlassen. Als nun eine Abordnung der Arbeiter die WiederEinstellung der nunmehr sieben Gewerkschaften forderte, erklärte Herr Rejewski: „Alles, was im Verbande ist, kann sofort gehen, die sind entlassen.“ Am Montag verfuhr man der Souleiter mit Herrn Rejewski und dem Kompanon der Firma, Herrn Pfumpfel, zu verhandeln, was auch glückte. Herr Rejewski versuchte sich nun als der rechte Engel hinzustellen und erklärte, gegen die Organisation nicht das geringste zu haben, ebenso Herr Pfumpfel. Auch verprochen habe Herr Rejewski, bis auf wenige Ausnahmen die Leute wieder einzustellen. Nachdem man dem Organisationsvertreter einige Namen genannt, wurde das Uebereinkommen getroffen, den ausgesperrten das Werklohn mitzutheilen, und so sollten die Leute wieder zur Arbeit zurückkehren. Die Arbeiter nahmen nach einer Aussprache den Vorschlag des Souleiters, die Arbeit wieder aufzunehmen und lieber die fünf Mann, welche Herr Rejewski durchaus nicht mehr einstellen wollte, aus Mitteln der Organisation zu unterstützen, an, und melierten sich am Nachmittag zu gewohnter Zeit zur Arbeit. Der aber das Wort gebrochen, das waren die Herren Rejewski und Pfumpfel. Ersterer erklärte kategorisch: „Ich werde mit die Leute austuchen“ und wollte zum Sohne ganze zwei Mann wieder einstellen. Ob nun die hiesigen Leitenden mit dem Vorgehen des Herrn Rejewski einverstanden sind, können wir nicht beurteilen, aber auch sie werden merken, daß die gut eingestellten Arbeiter bedeutend mehr zu leisten imstande sind, als hiesigen, welche jetzt Klausurleistungen leisten, und dem Unternehmen mehr Gewinn einbringen, als wie Herr Rejewski auf seinem bequemem Posten. Dabei sind zwei Arbeiter, welche anders organisiert sind, zu Streikbrechern geworden.

Die Arbeiter von Oblau können gerade aus dem Vorgehen der Firma Schöbe u. Brunquell das arbeiterfreundliche Verhalten der Unternehmer erkennen lernen und möchten mehr als bisher den Anschluß an ihre Organisation suchen.

Strehlen, 28. Januar. Die Bratwetterer rücken hier ein! Zu unserem Bericht über die Gründung des patriotischen Wahlvereins wird uns noch geschrieben: Am Sonntag fand im Hotel zum Fürsten Blicher eine gut besuchte konservative Versammlung statt betreffs Gründung eines konservativen Wahlvereins für den Kreis. Anwesend waren: Landrat des Kreises Strehlen v. Alken, Reichstagsabgeordneter Kohler, Landtagsabgeordneter v. Lud, als Referent der unvermeidliche Dr. Rißkele-Breslau. v. Lud eröffnete die Versammlung und wies in seinem kurzen Referat darauf hin, daß die Sozialdemokraten alles auf den Kopf stellen wollen, und sie deswegen gezwungen sind, am Orte einen konservativen Wahlverein zu gründen, um bei der nächsten Reichstagswahl den Sozialdemokraten geschlossen entgegenzutreten. Dr. Rißkele eröffnete ebenfalls eine Schimpfkanonade gegen die roten, gab seiner Freude darüber Ausdruck, daß bei der vorigen Wahl unsere Partei die Hälfte ihrer Mandate verloren hat, den Breslauern die beiden Wahlkreise entziffen wurden, und selbst im hiesigen Kreise für den sozialistischen Kandidaten 800 Stimmen verloren gegangen sind. Rißkele erklärte, für die Arbeiter sei bis jetzt genug getan worden, jetzt müsse dem Mittelstande geholfen und der Kampf gegen die Sozialdemokratie aufs Eifrigste geführt werden. Weiter kritisierte er die Vorgänge im Reichstage und zum Schluß prophezeigte er: wenn Kaiser Franz Josef stirbt, dann gilt es eine Kaiserwölfe.

Es wurde ein siebenköpfiger Vorstand gewählt, als Vorsitzender Landtagsabgeordneter v. Lud. Abdam sprach noch ein Unbekannter über die christliche Organisation und warf den hiesigen Steinarbeitern Terrorismus vor, welchen sie sogar in den Krankenhäusern treiben. Er machte bekannt, daß in nächster Zeit die christliche Gewerkschaft hier mit der Kapitulation einziehen werde.

Genossen! Nun, woher denn, gehen wir in der Agitation und Organisation nicht zurück!

Wrieg, 29. Januar. Die Wanderschaft-Ausstellung im Stabthement „Zum Weisberg“ ist nur noch Sonntag, den 1. und Sonntag, den 2. Februar, Sonntag, den 11. Abends um 8 Uhr geschlossen. Wir hoffen, daß die Wrieger Arbeiterkassette nicht verloren geht, da doch der Eintrittspreis nur 10 Pfennig beträgt.

Klein-Verdacht, 29. Januar. Der Wahlverein Wrieg-Kam von (Hilfs-Verband) hielt Sonntag den 28. Januar keine General-Versammlung ab. Genosse Krejzler erklärte den Ausschluß, Genosse Kramer berichtete über die bisherige Tätigkeit des Vereins. Bemerkenswert ist, daß der Verein seit dem halbjährigen Bestehen gute Fortschritte machte und wir ohne ihn noch nicht solchen Einfluß in der Gemeindeverwaltung hätten. Er empfahl, noch mehr für Gewinnung von Mitgliedern zu arbeiten. Der „Volkswacht“ ist agitieren. — In Wrieg wurde, den 29. Januar, ein Mitglied der Partei energig in Wrieg und in der nächsten Zeit ein Mitglied zu werden. Ferner wurde beschlossen, eine Bibliothek anzulegen und dieselbe Werke anzuschaffen, die die Kommunalpolitik behandeln. Gewählt wurden als Vorsitzender Karl Kramer, als Kassierer Karl Krejzler, als Schriftführer Friedrich Wrieg, Feiler und Galt, in die Lokalkommission Gottlieb Bogunille, Karl Dietzschel und Wilhelm Galt, in die Agitationskommission Wilhelm Bogunille, Robert Bogunille, Friedrich Hermann Wrieg, Gottlieb Wrieg, so wie auch Delegierte zur General-Versammlung in Wrieg, als Mitglieder für Groß-Verband Friedrich Wrieg, als Klein-Verband Krejzler und Wriegel gewählt worden.

—1. Friedland, Nr. Waldenburg, 26. Januar. Generalversammlung des Gewerkschaftsartikels. Die Wahl am 21. d. M. in dem vom Kartell ernannten Raum auf der Rosenauerstraße statt. Aus dem vom Vorstehenden erstatteten Geschäftsbericht ist erwidernswert: Dem Kartell gehörten zu Beginn des Geschäftsjahres an 4 Gewerkschaften mit insgesamt 242 Mitgliedern, am Schluß des Jahres 6 Gewerkschaften mit 306 Mitgliedern. Also trotz aller gegen uns gerichteten Bestrebungen ein Fortschritt in der Zahl der Mitglieder um 64. Die Himmeler haben es selbst immer noch nicht so weit gebracht, sich dem Kartell anzuschließen, ein Zeichen, daß in ihren Reihen kein Verständnis dafür vorhanden ist, welche Aufgaben die modernen Gewerkschaften gemeinsam zu lösen haben.

Das Berichtsjahr stand auch ganz unter dem Zeichen der Kampfes um Eringung eines Verammlungslokales, der auf gegenwärtig noch im Vordergrund der Tätigkeit des Kartells steht. Dieser Kampf war auch an D. fern sehr reich. Ein Genosse erhielt ein Strafmandat, weil er beim Postenleichen Abends um 8 1/2 Uhr ein Mädchen vor sich hinummte. Ein Genosse wurde wegen Verabredung groben Unfugs unter Anklage gestellt, weil er ein Mädchen, die dem hochhonorierten Lokal zustrebte, auf den Posthof hingewiesen. Vom Schöffengericht wurde er verurteilt, die Verammlungsanstalt abzugeben. Der Vorstehende, Genosse Liebig, sollte wegen Unflug verurteilt werden, weil er Postpostzettel verammlungslos gezeichnet, die in den Briefen verteilt wurden und mit denen sich ein Posthof den Unflug erlaubte, an Häusern und Handzeden einige anzukleben. Für die Genosse Liebig verantwortlich sein, trotz- und er nur selber Zeit krank und bettlägerig war. Das Schöffengericht kam auch tatsächlich zu einer Verurteilung, die aber in der Verammlungsanstalt aufgehoben wurde.

Durch ein Flugblatt sollte Genosse Liebig auch einen Gastwirt beleidigt haben. Derselbe stemmte einen Zivilprozeß gegen Liebig an, war aber auch nicht glücklich damit, denn er mußte sich zu einem Vergleich bequemen, nach welchem er sogar die entstehenden gerichtlichen Kosten selbst tragen mußte. Aber nicht bloß wegen des Unfugs mußten wir uns mit Polizei und Gericht verurteilen, auch wegen Uebertretung des vorkriegigen Gesetzes, das in seinen Bestimmungen so beherrschbar verurteilt, kamen zwei Genossen unter Anklage. Hier war aber der Ausgang für uns nicht allfürlich. 15 und 24 Mark Geldstrafe wurden uns zuteil. Im ganzen sind im letzten Jahre aus der Kartellklasse an Geldstrafen, Strafen und Rechtsanwaltsgebühren bezahlt worden 83 20 Mark.

Auch auf anderen Gebieten suchte das Kartell seinen Aufgaben gerecht zu werden. Es wurde im Sommer eine allgemeine Gewerkschafts-Bibliothek gegründet, die allen Mitgliedern der dem Kartell angeschlossenen Gewerkschaften zur Verfügung steht. Über waren bisher die Mittel zu knapp, um dieselbe reichhaltiger auszustatten zu können. Die Bibliothek von Unterballig und Vorkriegsarbeiten, um den Bildungsbestrebungen der Arbeiter zu dienen, mußte infolge Mangel eines Lokales leider unterbleiben. Der Verzicht klang aus in einer Ermahnung an die Delegierten, ihr Amt recht ernst zu nehmen und ihre ganze Kraft einzusetzen, im Dienste für die Allgemeinheit.

Die Einnahmen des Kartells betragen infolge eines Bestandes von 27.99 Mk. 208.72, die Ausgaben 171.35 Mk., mithin Bestand am 1. Januar 1908 37.37 Mk. Dem Bestande wurde Entlastung zuteil. In der darauf folgenden Neuwahl wurden die Genossen G. Liebig als Vorsitzender, G. Gläser als Kassierer, E. Wagner als Schriftführer, Hübner als Bibliothekar, Böhm als Revisor wieder- und Rißkele als solcher neu gewählt. Abdam wurde der Antrag für Unterhaltung des Lokales festgelegt. Für jede Sitzung im Lokal hat jede Gewerkschaft 1 Mark zu zahlen. Ein event. Defizit wird durch Umlageverfahren gedeckt. Ueberschüsse erhält die Kartellkasse. Weiter des Lokales ist der Vorstehende. Nach einer eingehenden Erläuterung des neuen Reichs-Vereinsgesetzes, unter besonderer Hervorhebung der für die Arbeiter besonders schädlichen Bestimmungen schloß die Sitzung mit Bekanntgabe einer Reihe eingegangener Zuschriften.

Königsbrunn, 30. Januar. Wasserdruckbruch. Auf dem Weidener der Königsbrunn (Bahnhof) sind länglich Wasserleitungen durchgebrochen, die einen Teil der Grubenbaue überfluteten und eine empfindliche Betriebsstörung herbeiführten. Die Durchbruchstelle ist inzwischen mit vieler Mühe wieder abgedämmt worden.

Kattowitz, 30. Januar. Ein Student in den Tod. Im Turm aus in Berlin verstarb sich der 21 Jahre alte Student der Technischen Hochschule Hugo Paschke, der einzige Sohn eines Malmeisters aus Kattowitz. Was ihn in den Tod getrieben hat, ist noch nicht bekannt.

Posen, 30. Januar. Eisenbahners Tod. Infolge falscher Weisung fuhr ein Kleinbahnzug in Priewen in einen auf dem Nebengleise stehenden Güterwagen, wobei der Heizer Kadomiat getötet und der Lokomotivführer Rogabill tödlich verletzt wurde. Der Materialschaden ist bedeutend, die Lokomotive wurde vollständig zerstört.

Posen, 30. Januar. Ein schwerer Unfall. Auf dem hiesigen Truppenübungsplatz schlug beim Schießen mit einem alten Geschütz die Ladung nach hinten heraus, wodurch zwei Soldaten erheblich verletzt wurden.

—d. Bromberg, 28. Januar. Die letzte Stadtverordneten-Versammlung beschäftigte sich mit der Erhöhung der Gehälter der hiesigen Beamten und Lehrer. Zwei und eine halbe Stunde dauerte die Debatte, bis man sich endlich auf den Antrag des Magistrats einigte, der den Beamten und Lehrern eine Zulage von 50, 75, 100 und 150 Mark gewährt. Die Zulagen sind fortlaufende bis zur neuen Befoldungsordnung, die der Magistrat für den 1. April n. J. in Aussicht gestellt hat. Die Verhandlung, die der Stadt Bromberg durch den Antrag des Magistrats erwacht, beträgt 33,575 Mark. Die Beamten und Lehrer hatten eine Petition an den Magistrat und die Stadtverordneten-Versammlung eingereicht, wonach sie eine einmalige Zulage von 42,000 Mark begehrt hätten, forderten. Nach den Ausführungen des Oberbürgermeisters stehen die Befoldungsgehälter der Beamten und Lehrer nach der Regel des Befoldungsgesetzes von 1903 tatsächlich noch unter diesem und entsprechen den Verhältnissen in Bromberg bei weitem nicht. Damit ist wohl eingestanden, daß trotz der kleinen Aufbesserung der Beamten und Lehrern noch lange nicht das zugehört ist, was sie vom rechten Standpunkte aus zu beanspruchen hätten. Mit dem Troste, daß sie zum 1. April 1909 eine neue Befoldungsordnung zu erwarten haben, können sich die Beamten und Lehrer über das „Wohlmollen“ des Magistrats er freuen. Damit es den Anschein erweckt, als ob dem Stadte. Bischof besonders das Wohl der Arbeiter am Herzen läge, fragte derselbe an, ob nicht auch den Arbeitern eine kleine Unterstützung in Form einer Gratifikation gewährt werden könne. Als aber der Herr Oberbürgermeister dies mit dem Bemerkten ablehnte, daß das Wohlmollen des Magistrats für die hiesigen Arbeiter im nächsten Etat zum Ausdruck kommen werde, und die Arbeiter schon jetzt eine Weihnachtsgatifikation erhalten, war auch das Wohlmollen des Herrn Bischof für die Arbeiter zu Ende, denn er sagte kein Wort mehr. Also bis zum nächsten Etat müssen die hiesigen Arbeiter den Schwanzstrichen noch enger gehen, dann winkt auch diesen Armen das Wohlmollen des Magistrats, und sie werden dann wieder eine Weihnachtsgatifikation bekommen. — Leber sind die hiesigen Arbeiter so wenig organisiert, daß sie dem Magistrat nicht zeigen können, daß auch sie keine Sklaven sind. Hoffentlich bringt dieses „Wohlmollen“ den hiesigen Arbeiter in Bromberg zum Nachdenken und er wird Mitglied des Gemeindeführer-Verbandes.

Literatur. Das Neue Preussische Ergänzungsgesetz (Verordnung) über die Gewerkschaften vom 19. Juni 1906. (Amst. Katalog.) Berlin: von E. Schöner u. Comp., Berlin S., Dorotheenstr. 80. Preis 60 Pf.

Aus den Gerichtssälen.

Ein „lustiger Streich“ wurde am 16. Dezember auf der Eichenhufenstraße bei der Schuhmacher Paul G. kam mit einem Freunde in einem angebotener Stimmung aus einer Anstalt. Von weitem kam er einen Schuhmann kommen. „Du, daß auf, sprach er dem Freunde, ich leg mich jetzt hier hin und laß mich von dem Schuhmanne aufheben.“ Sprach und legte sich auf den Boden, während der Freund aus einiger Entfernung die kommende beobachtete. Der Schuhmann kam heran und sah den Mann liegen. Sofort machte er sich daran, ihn auf die Beine zu stellen. Als ihm das nach einiger Mühe gelungen war, wurde er von dem ansehenden Anzehen durch ein freundliches „Danke schön, Herr Sergeant“ belohnt. Dabei suchte der Schuhmacher sich jetzt auch rasch aus dem Staube zu machen. Der Schuhmann war aber kein Freund solcher Späße. Er sah ihn und wollte ihn behufs Feststellung der Person nach der Wache bringen. Dem Willkür wurde nun wirklich etwas unwohl zu Mute und leitete seiner Verhaftung einige Widerstand. Das Breslauer Schöffengericht hat ihn jetzt wegen groben Unfugs zu sechs Mark und wegen des Widerstandes zu zwölf Mark Geldstrafe verurteilt.

Wegen Aufreizung zum Mord hatte sich am Dienstag der Expedient der anarchistischen Zeitschrift „Freie Arbeiter“, Sepp Dertler, vor dem hiesigen Strafamt des Berliner Landgerichts I zu verantworten. Dertler ist schon einmal wegen Aufreizung zu 1 Jahr 1 Monat Gefängnis und im Jahre 1893 vom Schwurgericht in Duisburg wegen Verbrechens gegen das Dynamitgesetz, Aufreizung, Aufforderung zum Ungehorsam gegen die Geseke usw. zu acht Jahren Zuchthaus verurteilt worden. Auch bei der zweiten so harte: Strafe handelte es sich um Preßdelikte, also um Ehrenstrafen. — Am 29. September vorigen Jahres fand im „Friedhof“ in der Köpenickerstraße eine anarchistische Versammlung statt, in welcher auch der Angeklagte, der als Delegierter der Berliner Anarchistenkongress beigezogen hatte sprach. Er polemisierte unter anderem gegen die Sozialdemokratie, weil sie noch auf staatlichem Boden stehen während die Anarchisten den Staat beseitigen und zerstören wollten. Den Antimilitarismus müsse man nicht nur mit der Munde, sondern auch mit der Tat betreiben. Zur Gewerkschaftsfrage übergehend, meinte er: erst müsse man Anarchist sein und dann erst Gewerkschaftler. Nicht der Generalstreik führe zur Revolution, sondern die starke Faust. Wenn der geeignete Moment gekommen sei, würde, hoffentlich niemand fehlen. „Alles, was Gewalt über uns hat, muß gestürzt werden.“ Bei diesen Worten wurde die Versammlung aufgelöst. — Staatsanwalt Dr. Lieger beantragte sechs Wochen Gefängnis. Das Gericht kam aber zu einer Freisprechung. Der § 130 verlangte, daß verurteilte Bedrohungsakten zu Gewaltthaten gegen andere aufgereizt sein müssen. Der Angeklagte habe aber nur gegen die „Gewaltthäter“ im allgemeinen angesetzt. Auch § 111 des Strafgesetzbuches ist nicht anzuwenden, da dieser hoch voraussetzt, daß zu einer konkreten strafbaren Handlung aufgereizt sein müsse, was im vorliegenden Falle auch nicht Platz greife.

Briefkasten.

Sprechstunden der Redaktion: Wochentags von 12—1 Uhr Mittags. Theodor Morawski, Friedrich Wilhelmstraße 82. Auf Wunsch bestreiten wir Ihnen gern, daß Sie mit in dem Artikel „Aus Posens sozialistengesellschaftlicher Zeit“ (siehe Unterhaltungsbeilage Nr. 8) der „Volkswacht“ erwähnten Morawski nicht identisch sind. A. K. Newark (Nordamerika). Das Abonnement ist bis Ende Juli 1908 bezahlt. Kanter. Auskunft sollen Sie mündlich haben. W. Fürstentraf. Ein freireligiöser kann auf dem Standesamt Bestand bei einer Trauung sein, in der Kirche aber nicht. G. Gräßchen. Sie können bei dieser Spielerei nur Ihr Geld verlieren; deshalb raten wir Ihnen ab. Th. W. in Königsbrunn. Sie müssen uns genau angeben, in welcher Nummer der „V.“ der Artikel gestanden hat. Wir können ummalig die ganzen Bände nachschlagen. D. Polanski. Ein Mädchen, das nach beendeter Schulzeit in einer Fabrik arbeitet, kann zur Gemeindefeuer herangezogen werden, wenn es ein steuerpflichtiges Einkommen bezieht; ob dies der Fall ist, kann nur an der Hand der dortigen Gemeindefeuerordnung geklärt werden.

Quittung.

Für den Parteifonds gingen ein:

G. S.	0.20 Mk
Sirak	0.10
G. W.	3.—
E. S.	0.60
Koter Stefan	2.00
Freiwilliger Beitrag der Metallarbeiter	6.—
G. W.	3.—
Sch.	0.80
Durch R.	4.00
Durch Auge	0.50
G. W.	1.—
Huchs	0.40
Scheffler	0.50
Balustrade	0.65
Schweiz durch Kern	2.—
Ripper	0.40
Zusammen	24.65 Mk.

Rob. Herrmann, Kassierer.

Vereins-Kalender.

Gewerkschaftshaus. Die Gewerkschaften, Gesang, Turn-, Radfahrer- und sonstige Vereine werden darauf aufmerksam gemacht, daß der große Saal des Gewerkschaftshauses noch frei ist für folgende Sonntage und Sonntage des ersten Quartals 1908: 2. und 9. Februar, 8., 15., 22. März. Sonntag, den 2. Februar: Raschinken und Geigerverband. Außerordentliche Generalversammlung. Nachmittags 2 Uhr. Zimmer 2. Sozialdemokratischer Verein Breslau. „Volkswacht“-Agitation. Sonntag, den 2. Februar findet eine Agitation für die „Volkswacht“ von dem Lokal, Vorwerkstraße 61 aus, statt. Alle Genossen, die Interesse für die Ausbreitung unserer Presse haben, werden gebeten, daran teilzunehmen und pünktlich Morgens 8 Uhr zu erscheinen. Sozialdemokratischer Verein Breslau (Land). Land-Distrikt 3. Bezirk 3 (Marie-Höfen). Sonntag, den 2. Februar. Beilabend im Lokal des Herrn Wähler. Land-Distrikt 8. Bezirk 1 und 1a Dörgey. Sonntag, den 2. Februar. Vormittags 9 Uhr: Aufsammlung der Mitglieder bei Michael.